

Hannover, den 14.01.2014

Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordneter Gerd Ludwig Will (SPD)

Arbeitsmarktsituation in Niedersachsen: Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den aktuellen Zahlen vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftebedarfs?

Vor wenigen Tagen ließ die Bundesagentur für Arbeit verlauten, dass sich der Arbeitsmarkt trotz geringer wirtschaftlicher Impulse positiv entwickelt habe. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben 2014 weiter zugenommen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes hat die Erwerbstätigkeit 2014 einen neuen Höchststand erreicht. Im Jahr 2014 wird zusammen mit 2012 der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit nach 1991 erreicht.

Auch der regionale Blick auf Niedersachsen ergibt ein positives Bild. Die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen ist im Vergleich zum Vorjahresmonat um 3,7 Prozent, die Arbeitslosenquote ist von 6,5 Prozent auf 6,2 Prozent gesunken. Die gute Versorgung niedersächsischer Unternehmen mit ausreichend Fachkräften wird für die Standortsicherung immer wichtiger.

Die Zahl der offenen Stellen bewegt sich niedersachsenweit bei 48 785, wobei insbesondere Fachkräfte in den Bereichen Produktion, Gesundheit/Soziales, Verkehr und Handel gesucht werden.

Gleichzeitig verändert der demografische Wandel den Arbeitsmarkt. Nach den Prognosen des statistischen Bundesamtes wird die Zahl der Einwohner im Erwerbsalter bis zum Jahr 2050 deutlich sinken. Die Erwartungen für das Absinken liegen zwischen 22 und 29 Prozent. Die Fachkräftesicherung ist demnach eine der wichtigsten Herausforderungen für die nächsten Jahre.

Der niedersächsische Wirtschaftsminister erklärte am 12. Januar 2015 (*Neue Osnabrücker Zeitung*, 13. Januar 2015), dass Niedersachsen die Wirtschaftskraft und den Wohlstand ohne eine Zuwanderung nicht halten könne.

Neben Unterbringung und Sprachunterricht wird die Integration von gut ausgebildeten Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt als wesentliche Voraussetzung für die niedersächsische Wirtschaft angesehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was unternimmt sie, um die vorhandenen Arbeitskräftepotenziale im Land weiter auszuschöpfen, und welche Bedeutung misst die Landesregierung der Zuwanderung aus dem Ausland für die Fachkräftesicherung bei?
2. Was unternimmt die Niedersächsische Landesregierung konkret, um Migrantinnen und Migranten beim neuerdings schnelleren und einfacheren Zugang in den deutschen Arbeitsmarkt beruflich zu integrieren?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung darüber hinaus, um gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, den Jobcentern, den Kammern, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Unternehmen den Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt zu unterstützen und gemeinsam zur Fachkräftesicherung für die Wirtschaft beizutragen?

2. Abgeordnete Miriam Staudte und Hans-Joachim Janssen (GRÜNE)

Antibiotikaresistente Keime auf Fleisch und Fleischprodukten

Im Rahmen einer stichprobenartigen Untersuchung von Putenfleisch habe der Umweltverband BUND auf 50 der 57 untersuchten Proben antibiotikaresistente Keime gefunden, berichtete die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* am 12. Januar 2015. Wie das Nachrichtenmagazin *Focus* am 13. Januar 2015 berichtete, wurde das untersuchte Putenfleisch in mehreren deutschen Städten - u. a. Hannover und Göttingen - bei den Dicoountern Aldi, Lidl, Netto, Penny und Real gekauft. Die Fleischproben seien sowohl mit MRSA-Keimen als auch mit ESBL-bildenden Keimen belastet gewesen, berichtete der *Focus* weiter.

Die Abkürzung MRSA steht für Multiresistenter *Staphylococcus aureus*, ein Bakterium, das zumindest gegen sogenannte Beta-Lactam-Antibiotika, vielfach aber auch gegen weitere Antibiotika resistent ist. ESBL sind Enzyme, die Beta-Lactam-Antibiotika spalten können. Sogenannte ESBL-bildende Bakterien sind gegen die Antibiotika somit resistent.

Die Belastung mit antibiotikaresistenten Keimen ist jedoch nicht auf Frischfleisch beschränkt. Nach einer von der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Mai 2014 veröffentlichten Untersuchung wurden auch auf 10 der 63 untersuchten Wurst- und Schinkenproben ESBL-bildende Bakterien nachgewiesen.

Wie das Wochenmagazin *DIE ZEIT* am 20. November 2014 unter Berufung auf Prof. Walter Popp, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene, berichtete, ist bundesweit inzwischen von jährlich mehr als 1 Million Infektionen mit multiresistenten Keimen und 30 000 bis 40 000 Todesfällen aufgrund dieser Infektionen auszugehen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Belastung von Fleisch- und Fleischprodukten mit multiresistenten Keimen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der zitierten Untersuchungen?
3. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung, der als wesentliche Ursache für die Bildung von multiresistenten Keimen gilt, zu reduzieren?

3. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Dr. Marco Genthe, Horst Kortlang und Gabriela König (FDP)

Kriminalisiert eine Kennzeichnungspflicht die Polizei in Niedersachsen? (Teil 1)

In der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung wurde vereinbart, eine individualisierte Kennzeichnung der Polizei bei geschlossenen Einsätzen anzustreben und dafür Gespräche mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen aufzunehmen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurden seit 2008 gegen niedersächsische Polizeibeamtinnen und -beamte nach Maßnahmen im Rahmen von geschlossenen Einsätzen geführt?
2. In wie vielen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren seit 2008 waren dabei niedersächsische Polizeibeamtinnen und -beamte nicht identifizierbar?
3. Wie beurteilt die Landesregierung diese Zahlen?

4. Abgeordnete Clemens Große Macke, Björn Thümler und Jens Nacke (CDU)

Welche Gründe führten zu einer Verzögerung der Veröffentlichung des Dauergrünlandumbruchanteils im Niedersächsischen Ministerialblatt?

In der Antwort auf die Mündliche Anfrage Nr. 47, Drs. 17/2620 („Wie hat sich der Anteil von Dauergrünland in Niedersachsen verändert?“) wird die Frage der Abgeordneten Große Macke, Thümler und Nacke nach dem Zeitpunkt, an dem das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den Rückgang des Dauergrünlandumbruchanteils auf 4,89 % im Vergleich zum Referenzwert 2003 bzw. 2005 im Niedersächsischen Ministerialblatt hätte veröffentlichen können, nicht vollständig beantwortet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann hätte die Information, dass der Dauergrünlandumbruchanteil in Niedersachsen auf einen Wert von unter 5 % gefallen ist, frühestens im Niedersächsischen Ministerialblatt veröffentlicht werden können?
2. Welche Gründe führten dazu, dass die Veröffentlichung erst am 19. Dezember 2014 erfolgte?
3. Wer trägt die Verantwortung für die Verzögerung?

5. Abgeordneter Marco Brunotte (SPD)

„Hagida“ - „Hannover ist bunt“

Am 12. Januar 2015 hat die Gruppe „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes - Hannover“ (Hagida) eine Kundgebung in Hannover auf dem Steintorplatz veranstaltet. An dieser sollen laut Presseberichten ca. 200 „Hagida“-Anhänger teilgenommen haben. Diesen standen unter dem Motto „Hannover ist bunt“ fast 20 000 Menschen gegenüber.

Während sich „Hagida“ selbst als bürgerliches Bündnis darstellt und auch ein Ratsmitglied der CDU Hannover zur Teilnahme an der Kundgebung aufrief, offenbart ein Blick auf die Verantwortlichen ein anderes Bild. Im Umfeld des Organisationsteams für „Hagida“ scheinen sich Aktive mit Kontakten zu den rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen „Die Hannoveraner“, „German Defence League“ zu bewegen, „Identitäre Bewegung“ und „AfD“. So war nach eigenen Angaben mit Sebastian Rinke ein AfD-Funktionär für die Lautsprecheranlage der Kundgebung verantwortlich.

Eine größere Anzahl von ehemaligen Aktivisten der mittlerweile verbotenen Organisation „Besseres Hannover“, eine Gruppe „HoGeSa“-Anhänger und Mitglieder „Freier Kameradschaften“ (u. a. Aktionsgruppe Weserbergland) waren auf der Kundgebung. Von Teilen dieser Gruppe gingen körperliche Angriffe auf Journalisten, Fotografen und Kamerateams aus.

In der Presse sind weitere Versammlungen der „Hagida“ angekündigt. Für den 19. Januar 2015 hat eine Gruppierung unter dem Namen „Bragida“ eine ähnliche Versammlung in Braunschweig angemeldet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat sie über die Gruppe „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes - Hannover“ „Hagida“ sowie über organisatorische Verbindungen zwischen „Hagida“ und dem Braunschweiger Ableger „Bragida“?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Hagida“-Kundgebung am 12. Januar 2015 in Hannover?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu den Übergriffen auf Journalisten, Fotografen und Kamerateams im Rahmen der „Hagida“-Kundgebung am 12. Januar 2015 in Hannover?

6. Abgeordnete Helge Limburg, Belit Onay, Meta Janssen-Kucz und Filiz Polat (GRÜNE)

Ermittlungsverfahren gegen potenzielle islamistische Terroristen in Niedersachsen

Durch die jüngsten Terroranschläge in Frankreich sind auch in Deutschland potenzielle IS- oder Al-Qaida-Terroristen wieder verstärkt in den Fokus der öffentlichen Debatte geraten. Als eine spezielle Gefahr werden dabei Personen angesehen, die eine Ausbildung in einem ausländischen Terrorcamp durchlaufen oder für den IS gekämpft haben und anschließend nach Niedersachsen zurückgekehrt sind. Eine solche Ausbildung und die anschließende Vorbereitung einer Straftat kann gemäß §§ 89 a und 89 b Strafgesetzbuch bestraft werden. Die Mitgliedschaft im IS oder bei Al Qaida könnte gemäß §129 a i. V. m. § 129 b StGB als Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung bestraft werden. Strafrechtliche Ermittlungen in diesen Fällen kann grundsätzlich der Generalbundesanwalt übernehmen. Ansonsten sind die örtlichen Staatsanwaltschaften zuständig.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Gegen wie viele Personen in Niedersachsen laufen gegenwärtig strafrechtliche Ermittlungen oder Strafprozesse gemäß §§ 89 a, 89 b oder §§129 a i. V. m. 129 b StGB?
 2. In wie vielen Fällen wird gegenwärtig von einem islamistischen Hintergrund ausgegangen?
 3. In wie vielen Fällen hat der Generalbundesanwalt die Ermittlungen übernommen?
7. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Dr. Marco Genthe, Horst Kortlang und Gabriela König (FDP)

Kriminalisiert eine Kennzeichnungspflicht die Polizei in Niedersachsen? (Teil 2)

In der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung wurde vereinbart, eine individualisierte Kennzeichnung der Polizei bei geschlossenen Einsätzen anzustreben und dafür Gespräche mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen aufzunehmen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den aus der Fürsorgepflicht des Dienstherrn resultierenden Schutz der Privatsphäre der Polizeibeamtinnen und -beamten vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die jederzeitige Identifizierung des Polizeibeamten dem Gegenüber die Ermittlung der Privatanschrift der betroffenen Beamtin oder des Beamten erleichtert mit der Folge, dass Repressalien nicht nur gegen ihn selbst, sondern auch gegen Angehörige oder sein Eigentum erfolgen können?
 2. Wie haben sich die Personal- und Berufsvertretungen der Polizei in Niedersachsen zu der Thematik geäußert?
 3. Würde die Landesregierung auch ohne Einigung mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht einführen?
8. Abgeordnete Rainer Fredermann, Gabriela Kohlenberg, Editha Lorberg, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Dr. Max Matthiesen, Volker Meyer, Petra Joumaah und Gudrun Pieper (CDU)

Wie beurteilt die Landesregierung die geplante Schließung der Geburtsstation in der Nordstadtlinik des Klinikums Region Hannover aus krankenhauplanerischer Sicht?

Am 18. Dezember 2014 hat die Regionsversammlung der Region Hannover der Medizinstrategie 2020 des Klinikums Region Hannover zugestimmt. Die Medizinstrategie 2020 beinhaltet auch die Schließung der Geburtsstation in der Nordstadtlinik.

Die Bundesinteressengemeinschaft Geburtshilfeschädigter e. V. sieht in der geplanten Schließung der Geburtsstation in der Nordstadtlinik die Gefahr einer Ressourcenüberlastung der übernehmenden Kliniken, die zu organisatorischen Engpässen und Mängeln in der Geburtshilfe und daraus folgend im schlimmsten Fall zu schweren Geburtsschäden führen könnte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Geburten und Notfallversorgungen werden von der Nordstadtklinik bislang jährlich durchgeführt, und von welchen anderen Kliniken sollen diese Aufgaben aus Sicht der Krankenhausplanung künftig wahrgenommen werden?
2. Welche Ressourcen sind auf welche anderen Kliniken zu verlagern oder neu zu schaffen, um die zusätzlichen Aufgaben wahrzunehmen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die von der Bundesinteressengemeinschaft Geburtshilfeschädigter e. V. geäußerten Bedenken im Hinblick auf die immer weiter steigenden Haftpflichtprämien für die auch in Kliniken tätigen freiberuflichen Hebammen?

9. Abgeordnete Dr. Gabriele Andretta (SPD)

Zwangsarbeit in den Landesforsten Niedersachsens (Teil 2)

27. Januar 1945: Der Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee ist heute internationaler Holocaust-Gedenktag. Auschwitz steht symbolisch für den Massenmord an europäischen Juden und für das Leid von Millionen anderer Menschen, die vom Nazi-Regime verfolgt, ausgebeutet und umgebracht wurden. Auch heute, 70 Jahre nach Befreiung der KZs und Zwangsarbeiterlager in Deutschland und Niedersachsen, darf die Vergangenheit nicht vergessen werden, zu groß sind die Schuld und Verantwortung, die aus der Shoa folgen. Das gilt auch für die Auseinandersetzung mit Zwangsarbeit auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Niedersachsen und Anstrengungen zur Wiedergutmachung und Entschädigung der Opfer.

In der Antwort des Landwirtschaftsministers Christian Meyer auf eine Kleine Anfrage zum Stand der Aufarbeitung der Zwangsarbeit in den staatlichen Forsten des heutigen Landes Niedersachsen wird deutlich, dass kaum Erkenntnisse über die genauen Einsatzorte und über Art wie Umfang forstlicher Zwangsarbeit vorliegen. Herkunft, Lebensumstände und der Verbleib der Zwangsarbeiter als „Displaced Persons“ nach ihrer Befreiung sowie das Handeln der Forstverwaltung in der Nachkriegsgeschichte liegen nach wie vor weitgehend im Dunkeln. Lediglich einzelne regionalgeschichtliche Beiträge sind dokumentiert. Die Landesregierung sieht deshalb hier noch Forschungsbedarf und verweist in ihrer Antwort darauf, dass sie entsprechenden Initiativen für ein Forschungsprojekt zu Zwangsarbeit in den Landesforsten „stets offen gegenüber“ stünde (vgl. Antwort des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf die Kleine Anfrage Nr. 5 zur mündlichen Beantwortung der Abgeordneten Dr. Gabriele Andretta (SPD), 43. Sitzung des Landtages am 25. Juli 2014, Drs. 17/1825, Seiten 5 bis 7).

Ich frage die Landesregierung:

1. Liegen dem Landwirtschaftsministerium inzwischen wissenschaftliche Initiativen zur Aufarbeitung der Zwangsarbeit in den staatlichen Forsten des heutigen Landes Niedersachsen vor? Wenn ja, welche?
2. Hat der Landwirtschaftsminister inzwischen einen entsprechenden Forschungsauftrag ausgeschrieben? Wenn nein, wie ist der Stand der Planung?

10. Abgeordnete Reinhold Hilbers, Bernd-Carsten Hiebing und Heinz Rolfes (CDU)

Verlieren die niedersächsischen Jugendherbergen ihre Zuschüsse?

Die EU-Kommission geht auf Betreiben einer Hotelkette derzeit der Frage nach, ob staatliche Fördergelder für Jugendherbergen den Wettbewerb verzerren. Die niedersächsischen Jugendherbergen erhalten aus dem im Sozialhaushalt veranschlagten Landesanteil an dem Aufkommen der Spielbankabgabe und aus den Mitteln der Glücksspielabgabe derzeit 454 500 Euro.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Gespräche haben in dieser Angelegenheit bisher mit der Landesregierung stattgefunden?

2. Wie positioniert sich die Landesregierung hinsichtlich der von der EU-Kommission aufgeworfenen Fragen?
3. Wie müsste nach Auffassung der Landesregierung eine wettbewerbskonforme Förderung der Jugendherbergen ausgestaltet sein?

11. Abgeordneter Kai Seefried (CDU)

Schulgirokonten - Sind die Schulen ausreichend vorbereitet?

Ab 1. Januar 2016 müssen Zahlungen aus dem Budget der Schule über das Schulgirokonto abgewickelt werden. Dies hat das Kultusministerium im Erlass „Führung von Girokonten durch die Schulen“ festgelegt. Im Oktober 2013 hatte das Ministerium die verbindliche Einrichtung der Schulgirokonten um zwei Jahre auf Anfang 2016 verschoben. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Niedersachsen schrieb in ihrer Zeitschrift *E&W* vom 10. November 2014 in einem Artikel zum Thema „Der Verwaltungsaufwand in den Schulen wird steigen.“ In dem Artikel ist ferner die Rede davon, dass es einen „großen Schulungsbedarf“ in den Schulen gebe.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wurden und werden die Schulen auf die verpflichtende Einrichtung der Schulgirokonten vorbereitet?
2. In welchem Umfang stellt das Land den Schulen Mittel für Fortbildungen zum Schulgirokonto zur Verfügung?
3. Wie wird sich die Arbeit der Schulleitungen durch die Abwicklung von Zahlungen über das Schulgirokonto konkret verändern?

12. Abgeordneter Martin Bäumer (CDU)

Verzögerung bei der Bergung des Asse-Mülls - Was tut die Landesregierung?

Die Verzögerungen bei der Rückholung des Asse-Mülls waren Anfang Januar 2015 ein großes Thema in verschiedenen Tageszeitungen. Im *Weser-Kurier* vom 5. Januar 2015 („Umweltschützer: Bundesamt verzögert Bergung der Asse-Anfälle“), in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 6. Januar 2015 („Asse-Initiativen sind frustriert vom Strahlenschutzamt“) und in der Zeitung *die tagesszeitung* vom 6. Januar 2015 („Atomkraftgegner gegen Strahlenschutz“) wird der Verdacht geäußert, dass „irgendwer die Rückholung bremse“, so ein Zitat von Udo Dettmann, dem Sprecher des Asse-II-Koordinierungskreises.

In der *Deister-Weser-Zeitung* vom 3. Januar 2015 wird Umweltminister Stefan Wenzel unter der Überschrift „Minister warnt vor Asse-Debakel“ mit folgenden Worten zitiert: „Der Müll muss raus. Ich ärgere mich darüber, dass offensichtlich zum wiederholten Mal versucht wird, die vom Gesetzgeber beschlossene Rückholung des Mülls zu torpedieren.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung den Verdacht der Bürgerinitiativen und ihres Sprechers Udo Dettmann, dass die Rückholung des Asse-Mülls von dritter Seite bewusst verzögert wird?
2. Wer hat nach Auffassung von Minister Wenzel in der Vergangenheit die Rückholung des Mülls torpediert, und wer tut dies nach Einschätzung des Ministers aktuell?
3. Was tut die Landesregierung, um die zügige Rückholung des Asse-Mülls sicherzustellen?

13. Abgeordnete Christian Calderone und Axel Miesner (CDU)

Fördert die Landesregierung weiterhin die Einrichtung von Nahwärmenetzen?

Auf der Webseite des Landwirtschaftsministeriums http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1432&article_id=4737&psmand=7 wird ausgeführt, dass im Rahmen der ZILE-Maßnahmen als Bestand des abgelaufenen Programmes zur Förderung im ländlichen Raum (PROFIL) der „Ausbau von Nahwärmenetzen in Orten zur Begrenzung der Verwendung fossiler Brennstoffe“ gefördert wird.

Im Programm zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen (PFEIL) findet der Ausbau von Nahwärmenetzen hingegen keine Erwähnung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Fördert die Landesregierung auch in der neuen Förderperiode den Ausbau von Nahwärmenetzen in Niedersachsen?
2. Wenn ja, in welcher Höhe und unter welchen Voraussetzungen?
3. Wenn nein, wie will die Landesregierung sicherstellen, dass auch in Zukunft Investitionen in die kommunale Wärmeversorgung insbesondere in den ländlichen Räumen Niedersachsens getätigt werden?

14. Abgeordnete Frank Oesterhelweg, Hans-Heinrich Ehlen und Kai Seefried (CDU)

Ist der Fleischatlas des BUND geeignetes Unterrichtsmaterial?

Der Bildungsservice-Newsletter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) weist in seiner Ausgabe vom 31. Januar 2014 unter der Überschrift „Umwelt im Unterricht“ auf den pünktlich zur Grünen Woche erschienenen Fleischatlas 2014 hin. Er enthielt Zahlen und Daten zum Thema und bietet eine Orientierungshilfe für einen verantwortlichen Konsum. Der Fleischatlas wurde vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Heinrich-Böll-Stiftung und Le Monde Diplomatie veröffentlicht. Von einem Bürger wird der Fleischatlas in einer E-Mail wie folgt beurteilt: „Die Fleischatlanten sind eine Artikelsammlung von 34 Autoren, das ist kein Werk aus einem Guss. Die Beiträge streuen von journalistisch-professionell bis ideologisch-verleumderisch. Es ist deshalb unmöglich, ein Urteil über alle Beiträge zu sprechen, da würden sich die Ideologen hinter guten Rechercheuren verstecken. Hinter den Artikeln professioneller Journalisten, deren Tendenz man kritisieren kann, aber die gut recherchiert sind und denen nur eine andere Sicht auf die Dinge gegenübergestellt werden kann, verstecken sich ideologische Erfindungswerke der NGO-Lobby.“

Auf seiner Internetseite <http://www.umwelt-im-unterricht.de/unterrichtsvorschlaege/trends-und-verantwortung-beim-fleischkonsum/> macht das BMUB Vorschläge für die Vermittlung des Themas „Trends und Verantwortung beim Fleischkonsum“ in der Sekundarstufe. Unter <http://www.umwelt-im-unterricht.de/unterrichtsvorschlaege/fleisch-klima-umwelt/> steht zudem eine Hilfestellung für die Vermittlung des Bereichs „Fleisch, Klima, Umwelt“ in der Grundschule zur Verfügung. Für beide Schulformen wird als Lernziel u. a. formuliert: „Die Schüler/-innen lernen eine konsumkritische Haltung zum Fleischkonsum kennen.“ Zudem verweisen beide Internetseiten als zusätzlichen Hintergrund auf den Fleischatlas 2014.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Fleischatlas 2014 aus fachlicher und wissenschaftlicher Sicht?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Verwendung des Fleischatlas 2014 im Schulunterricht?
3. Wie steht die Landesregierung zu dem Lernziel des BMUB „Die Schüler/-innen lernen eine konsumkritische Haltung zum Fleischkonsum kennen.“?

15. Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke und Reinhold Hilbers (CDU)

Verbrauchertäuschung mit Ökoeiern?

Im vergangenen Dezember wurde öffentlich, dass mit Pflanzenschutzmitteln belastetes Ökofuttermittel aus den Niederlanden auch an 18 Betriebe in Niedersachsen geliefert wurde. Zwar ließen sich in den Eiern keine Rückstände nachweisen, jedoch müssen die Eier als „konventionell produziert“ vermarktet werden, um eine Verbrauchertäuschung auszuschließen. Aus einem Schreiben des Deutschen Verbands Tiernahrung e. V. geht jedoch hervor, dass niederländische Ökoeier von Legehennen, die ebenfalls mit dem belasteten Futter gefüttert werden, weiter als „ökologisch erzeugt“ deklariert und auch in Deutschland vermarktet werden dürfen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was unternimmt die Landesregierung, um zu verhindern, dass durch das Verbot der Vermarktung als Ökoeier für die Betriebe in Niedersachsen und die Zulassung der Vermarktung der Eier aus den Niederlanden als Bioeier eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Legehennenbetriebe entsteht?
 2. Wie beurteilt die Landesregierung den Umstand, dass es möglich ist, Ökoeier aus den Niederlanden in Deutschland zu vermarkten, obwohl die Legehennen belastetes Futter erhalten haben?
 3. Was tut die Landesregierung, um die niedersächsischen Verbraucher vor dieser Täuschung zu schützen?
16. Abgeordnete Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Martin Bäumer und Axel Miesner (CDU)

Warum ist Niedersachsen bei den erneuerbaren Energien nur auf Platz acht im Bundesvergleich?

Die Bundesländervergleichsstudie Erneuerbare Energien 2014 der Agentur für Erneuerbare Energien kommt für Niedersachsen zu dem Ergebnis, dass das Land im Gesamtranking des Bundesländervergleichs auf Platz acht steht. In der Länderzusammenfassung für Niedersachsen heißt es zudem: „Mit seinen Anstrengungen zur Nutzung erneuerbarer Energien belegt Niedersachsen Platz zwölf (2012: Platz acht)“. Und weiter: „Das Land musste bei der Vorbildfunktion sowie bei den Programmen zur Förderung Erneuerbarer Energien jeweils drei Plätze einbüßen und liegt hier nun auf dem vierzehnten bzw. elften Rang. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Erneuerbare-Energien-Anlagen in der Nachbarschaft ist gegenüber der Vorgängerstudie leicht (um 3,6 %) gesunken und liegt im Ländervergleich nur noch auf Platz 15 (2012: Platz sechs).

Zudem kommt die Studie zu dem folgenden Ergebnis: „Bei den Erfolgen der Nutzung erneuerbarer Energien ist Niedersachsen weiter auf Platz elf zurückgefallen (2012: Platz zehn). (...) Der Anteil an der Stromerzeugung ist hingegen überdurchschnittlich. Bei der Zunahme der regenerativen Stromerzeugung ist Niedersachsen von Platz vierzehn auf den zweiten Rang aufgestiegen.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung die Verschlechterung der dargestellten Parameter?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass Niedersachsen zwar Platz zwei bei der Erzeugung des regenerativen Stroms belegt, jedoch im Gesamtranking nur Platz acht erreicht?
3. Wird die Landesregierung konkrete Maßnahmen ergreifen, um künftig ein besseres Ergebnis zu erzielen?

17. Abgeordneter Dr. Stephan Siemer (CDU)

Wann wird das Land über Wolfsrisse im Raum Diepholz/Vechta informieren?

Seit dem 2. November 2014 sind im Bereich Diepholz/Großenkneten/Vechta mehr als 40 Schafe gerissen worden. Wie die *Oldenburgische Volkszeitung (OV)* in ihrer Ausgabe vom 2. Januar 2015 berichtet, sind in der Nacht vom 31. Dezember 2014 auf den 1. Januar 2015 sechs Schafe in Hogenbögen bei Visbek gerissen worden. Zwei weitere Schafen mussten in der Folge wegen der Schwere der Verletzungen getötet werden. Wie der Wolfsberater Dr. Torsten Schumacher ausführt, seien die Bisswunden so tief gewesen, dass auch die Luftröhre der Tiere verletzt wurde. „Bei zwei Schafen war die Brustwand geöffnet. Man konnte bis aufs Herz gucken“, so der Wolfsberater in der OV. Spuren des reißenden Tieres wurde auch in der Nähe angrenzender Häuser entdeckt.

Wie schon bei vorangegangenen Rissen waren auch bei den aktuellen Schafsrissen zum Jahreswechsel die Merkmale für das reißende Tier wolfstypisch:

- 4,5 cm Abstand zwischen den Eckzähnen,
- 8 bis 8,5 cm große Fußabdrücke,
- 1,10 m großer Schrittabstand,
- geschnürte Schritte,
- Kehlbisse,
- Art der Öffnung der Bauchhöhle.

Außerdem gab es Sichtungen eines Wolfes im Bereich Mäkel (Landkreis Diepholz) und Varenesch (Gemeinde Goldenstedt), zum Teil unterstützt durch Wildkameras.

Der Wolfsberater hat wie bei den Schafsrissen in den vergangenen Wochen und Monaten DNA-Proben genommen. Es ist bisher für keinen Schafsriss seit November bekannt, was der DNA-Test ergeben hat.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wird das Land die Ergebnisse der DNA-Proben zu den mehr als 40 Schafsrissen im Bereich Landkreis Diepholz/Landkreis Vechta vorlegen?
2. Welche Nachweise alternativ zur offenkundig sehr langwierigen DNA-Probe akzeptiert das Land?
3. Kann das Land definitiv ausschließen, dass von dem Wolf oder den Wölfen, die nun wohl im Bereich Diepholz/Vechta heimisch geworden sind, eine Gefahr für den Menschen ausgeht?

18. Abgeordnete Dr. Stephan Siemer und Ernst-Ingolf Angermann (CDU)

Wie heimisch soll der Wolf in Niedersachsen werden?

Die *Oldenburgische Volkszeitung* hat wiederholt - zuletzt in ihrer Ausgabe vom 30. Dezember 2014 - berichtet, dass Wölfe in den Landkreisen Diepholz, Oldenburg und Vechta immer wieder Nutztiere wie z. B. Schafe reißen würden. Wie die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Mündliche Anfrage Nr. 34 in der Drucksache 17/2620 ausführt, ist der Wolf auf natürlichem Weg in sein ehemaliges Verbreitungsgebiet zurückgekehrt und seit dem Jahr 2013 auch in Niedersachsen wieder heimisch.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann wurde der letzte Wolf im Weser-Ems-Gebiet, also dem Amtsbezirk des neuen Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, erlegt?
2. Welche Zahl von Wölfen hält die Landesregierung im Bereich Weser-Ems (zur Gebietsdefinition siehe Frage 1) für verträglich?
3. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die definierte Obergrenze (siehe Frage 2), sobald sie erreicht ist, nicht überschritten wird?

19. Abgeordnete Ernst-Ingolf Angermann und Dr. Stephan Siemer (CDU)

Welche Perspektiven haben Schäfer und andere Nutztierhalter in Nordwestdeutschland?

Die *Oldenburgische Volkszeitung* berichtete in ihrer Ausgabe vom 30. Dezember 2014, Wölfe hätten während der Weihnachtsfeiertage wieder Tiere in Barnstorf gerissen. Die Samtgemeinde Barnstorf liegt in unmittelbarer Nähe zu den Landkreisen Oldenburg und Vechta im Weser-Ems-Gebiet. Die *OV* schreibt, dass die Bissspuren laut Wolfsberater Dr. Marcel Holy für einen Wolfsübergriff sprächen. Bei den zwei getöteten Schafen seien DNA-Proben genommen worden. Bei zwei Stück Damwild sei es für eine Probenahme wegen der Witterung zu spät gewesen. Gegenüber der Zeitung hat sich der betroffene Schäfer so geäußert, dass er überlege, die Schafhaltung gänzlich aufzugeben. Er sagte: „Meine Schafe waren gut eingezäunt, aber grauenhaft zugerichtet. Ich möchte sie künftig nicht als Wolfopfer halten.“ Die Schafe seien ihm an das Herz gewachsen. Auch aus den Landkreisen Oldenburg und Vechta wurden in den letzten Wochen zahlreiche Verletzungen oder Tötungen von Nutztieren gemeldet, bei denen Wolfsübergriffe als Ursache angenommen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch ist die Anzahl der verletzten oder getöteten Nutztiere wie Schafe und Damwild, die der Landesregierung aus dem Bezirk des neuen Amts für regionale Landesentwicklung Weser-Ems gemeldet wurden mit dem Hinweis, dass als Ursache ein Wolfsübergriff infrage kommen könnte (bitte die Orte einzeln auflisten)?
 2. Für wie viele verletzte bzw. getötete Nutztiere hat die Landesregierung bisher Entschädigungen an die betroffenen Nutztierhalter ausgezahlt?
 3. In welcher Höhe in Euro hat die Landesregierung in 2014 im Bezirk des neuen Amts für regionale Landesentwicklung Weser-Ems Zahlungen für Präventionsmaßnahmen aus der Förderkulisse Herdenschutz geleistet?
20. Abgeordnete Burkhard Jasper, Dr. Max Matthiesen, Volker Meyer, Petra Joumaah und Gudrun Pieper, Annette Schwarz (CDU)

Was unternimmt die Landesregierung gegen Unternehmen, die ihre Arbeitnehmer nicht bei der Sozialversicherung anmelden?

Die *HAZ* zieht in ihrer Ausgabe vom 6. Januar 2015 unter der Überschrift „Gekommen, um zu bleiben“ eine Ein-Jahres-Bilanz des freien Zugangs von Bulgaren und Rumänen zum deutschen Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang wird auch über die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in Oldenburg berichtet. Diese erhalte am laufenden Band Hilferufe von Wanderarbeitern aus der Fleischindustrie und wisse zu berichten: „Die Unternehmer wollen ihre Leute nicht fest anstellen, sie wollen keine Verantwortung übernehmen, etwa für Krankenversicherung und Unterkünfte“. Scheinselbstständige würden als angebliche Subunternehmer für 1 200 Euro im Monat ohne Krankenversicherung arbeiten, so die Mitarbeiterin der Beratungsstelle.

Auch für Scheinselbstständige besteht gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung, soweit sie eine Beschäftigung gegen Entgelt oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze von 450 Euro ausüben. Der Arbeitgeber muss diese Beschäftigten bei einer Krankenkasse anmelden und Beiträge zahlen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was veranlasst die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte, wenn ihr bekannt wird, dass ein Arbeitgeber seine Beschäftigten nicht krankenversichert hat?
2. Was unternimmt die Landesregierung, wenn ein Betrieb wiederholt wegen der Missachtung sozialversicherungsrechtlicher Pflichten aufgefallen ist?
3. Wer kommt für die Krankenkosten dieser nicht krankenversicherten Arbeitnehmer auf?

21. Abgeordnete Dr. Max Matthiesen, Burkhard Jasper, Volker Meyer, Petra Joumaah, Gudrun Pieper und Annette Schwarz (CDU)

Wann ist privater Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen geeignet?

Die HAZ berichtet in ihrer Ausgabe vom 5. Januar 2015, dass die Stadt Hannover vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen händeringend nach privaten Vermietern suche, die Wohnraum anböten. Dabei komme aber nicht jedes Angebot infrage - der Wohnraum dürfe weder übersteuert noch in schlechtem Zustand sein. Die HAZ verweist in der Berichterstattung auf einen privaten Eigentümer, der der Stadt Hannover eine Wohnung zu einem „keinesfalls überzogenen Preis“ angeboten habe. Jedoch habe die Stadt ohne Begründung abgelehnt. Anschließend habe der Eigentümer die Wohnung privat anderweitig vermietet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Zielsetzungen bzw. welche Konzepte gibt es seitens der Landesregierung, um die Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung in privaten Wohnungen zu unterstützen?
2. Welche Kriterien hinsichtlich Mietzins, Zustand bzw. Standard der Räumlichkeiten sowie Wohnfläche pro Person erachtet die Landesregierung für die Unterbringung von Flüchtlingen in privaten Wohnungen als angemessen?

22. Abgeordnete Gudrun Pieper und Björn Thümler (CDU)

Ist ein Beförderungsverbot von E-Scootern in niedersächsischen Bussen und Straßenbahnen zulässig?

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat zum 1. Januar 2015 seinen Mitgliedsunternehmen mitgeteilt, dass sie aus Sicherheitsgründen keine Beförderungspflicht mehr für Menschen mit Behinderungen haben, die mit Elektromobilen (E-Scootern) befördert werden wollen. Der Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen (VBN) hat daraufhin beschlossen, in seinem Gebiet die Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Straßenbahnen zu untersagen, obwohl es bislang keine Unfälle mit E-Scootern gab. Auf E-Scooter angewiesene Menschen mit Behinderungen sind damit im Gebiet des VBN vom ÖPNV ausgeschlossen.

Andere Verkehrsbetriebe in Niedersachsen, wie etwa die hannoversche Üstra, befördern E-Scooter weiterhin in ihren Fahrzeugen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ergibt sich aus den Gutachten des VDV für die niedersächsischen Verkehrsunternehmen eine rechtliche Bindung oder haben diese lediglich empfehlenden Charakter?
2. Da es eine Vielzahl von E-Scooter-Modellen verschiedener Hersteller auf dem Markt gibt: Wurden die Tests mit allen erhältlichen Modellen mit dem gleichen negativen Ergebnis durchgeführt, oder wurde lediglich ein Modell exemplarisch für alle getestet?
3. Welche Möglichkeiten einer Nachrüstung der Fahrzeuge durch entsprechende Sicherungsvorrichtungen mit welchen Kosten gibt es?

23. Abgeordnete Gudrun Pieper (CDU)

Städtebauförderung über eine Dienstleistungsgesellschaft - weshalb so kompliziert?

Die *Cellesche Zeitung* berichtet in ihrer Ausgabe vom 16. Dezember 2014, dass die Stadt Bergen 12 Millionen Euro erhalten soll, um die alten Britenwohnungen zu kaufen und abzureißen. Dazu werde es ein „etwas kompliziertes juristisches Konstrukt“ geben, denn direkte Beihilfen durch das Land seien für solche Aufgaben nicht erlaubt. Es solle deshalb eine Dienstleistungsgesellschaft beauftragt werden, mit der die Stadt Bergen, der Landkreis Celle und das Land Niedersachsen einen Geschäftsbesorgungsvertrag schließen sollen. Die Gesellschaft soll umgehend 12 Millionen Euro bereitstellen, Stadt Celle, Landkreis Celle und das Land Niedersachsen sollen jeweils 4 Millionen

Euro über 20 Jahre an diese Gesellschaft zurückzahlen. Die Stadt Bad Fallingbostal erhält eine vergleichbare Förderung nicht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien, die die Stadt Bergen erfüllt, die Stadt Bad Fallingbostal aber nicht, beabsichtigt die Landesregierung Fördermittel zuzusagen?
2. Weshalb fördert die Landesregierung über ein „etwas kompliziertes juristisches Konstrukt“ die eine Hälfte des vom Konversionsprozess betroffenen Gebietes, anstatt im Rahmen eines Gesamtkonzeptes die Maßnahme über das Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau-West zu fördern?
3. Welche Voraussetzungen müssen die Stadt Bad Fallingbostal und der Heidekreis erfüllen, um die gleiche Förderung vom Land Niedersachsen zu erhalten wie der Landkreis Celle und die Stadt Bergen?

24. Abgeordneter Burkhard Jasper (CDU)

Wie soll bei der Auftragsvergabe an einen Betreiber die Qualität der Flüchtlingsaufnahmestelle in Osnabrück sichergestellt werden?

Die Diakonie hat für ein Jahr den Auftrag erhalten, die neue Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Osnabrück zu betreiben. Nun soll diese Leistung ausgeschrieben werden. Nach den negativen Erfahrungen, die in Nordrhein-Westfalen mit einem privaten Betreiber für ein Flüchtlingsheim gemacht wurden, frage ich die Landesregierung:

1. Welche Kriterien sollen für die Vergabe festgelegt werden, um eine hohe Qualität zu gewährleisten, die der gewünschten Behandlung von Flüchtlingen in Niedersachsen entspricht?
2. Wie stark wird bei der Vergabe der Preis gewichtet werden?
3. Werden regionale Vernetzungen berücksichtigt, wie z. B. die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen oder mit Einrichtungen für die Behandlung traumatischer Erkrankungen?

25. Abgeordnete Dr. Max Matthiesen, Burkhard Jasper, Volker Meyer, Petra Joumaah, Gudrun Pieper, Annette Schwarz und Reinhold Hilbers (CDU)

Welchen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele kann die energetische Gebäudesanierung tatsächlich leisten?

Die *WELT* berichtet in ihrer Ausgabe vom 27. Dezember 2014 unter der Überschrift „Aus deutschen Hausbesitzern werden Dämmuffel“, dass viele Deutsche auf Dämmstoffe verzichteten, weil sie Brände und Geldverschwendung fürchteten: „Inzwischen ist vielen Bürgern klar, dass sie sich nicht unbedingt einen Gefallen tun, wenn sie ihr Haus in Platten aus Polystyrol einpacken. In offiziellen Gutachten wird auf die erhöhte Brandgefahr des Stoffes hingewiesen. Und das weltweit verbotene, aber in Deutschland noch verwendete Flammenschutzmittel HBCD hat toxische Eigenschaften. Es kann ins Grundwasser eindringen und bereitet später bei der Entsorgung große Probleme. Dabei wurden die Problem-Platten bereits massenweise an Hauswände geklebt. 900 Millionen Quadratmeter Wärmeverbundsysteme haben die Deutschen in den vergangenen 35 Jahren verbaut – und 80 Prozent davon bestehen aus Polystyrol“, so die *WELT*.

In der *HAZ* vom 8. November 2014 hat sich Ministerpräsident Weil dagegen öffentlichkeitswirksam für eine steuerliche Förderung von Gebäudesanierung eingesetzt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die bisher mit der energetischen Gebäudesanierung erzielten Erfolge zum Erreichen der Klimaschutzziele?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahren durch Dämmstoffe bei einem Häuserbrand?

3. Wie sollte nach Auffassung der Landesregierung eine steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen ausgestaltet werden, damit die Sanierungsrate bei Häusern und Wohnungen deutlich ansteigt und die Länder keine Steuerausfälle zu befürchten haben?

26. Abgeordnete Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Was tut die Landesregierung, um islamistische Aktivitäten von Häftlingen zu verhindern?

In den *NWZ Oldenburger Nachrichten* vom 29. Dezember 2014 wird berichtet, dass ein islamistischer Extremist in die JVA Oldenburg überstellt wurde, weil er am Standort Oslebshausen der JVA Bremen „offenbar aus der Zelle heraus wieder Aktivitäten in sein früheres Umfeld in Gröpelingen gestartet hatte“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Kann die Landesregierung ausschließen, dass der Inhaftierte islamistische Aktivitäten aus der JVA Oldenburg heraus entwickelt?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um das Fortsetzen islamistisch-extremistischer Aktivitäten von Inhaftierten zu verhindern?
3. Sind der Landesregierung Fälle der islamistischen Radikalisierung oder Versuche, andere Häftlinge zu radikalieren, aus niedersächsischen Justizvollzugsanstalten bekannt?

27. Abgeordnete Thomas Adasch, Rudolf Götz, Horst Schiesgeries, Johann-Heinrich Ahlers und Angelika Jahns (CDU)

Kein Spuckschutz für Polizisten in Niedersachsen?

In der *Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ)* vom 5. Januar 2015 wird unter der Überschrift „Kein Spuckschutz für Polizei in Niedersachsen“ berichtet: „Bremens Polizei hat sie, in Niedersachsen müssen die Ordnungshüter weiter ohne auskommen: Das Innenministerium in Hannover will erst einmal keine sogenannten Spuckschutz-Masken anschaffen, die Widerständlern übergestülpt werden und damit Polizisten vor ekeligen Attacken bewahren sollen.“

Laut *NOZ* bestünden bei der Landesregierung begründete Zweifel an einer verfassungskonformen Tauglichkeit sowie der uneingeschränkten Handhabungssicherheit.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Zweifel zur rechtlichen Zulässigkeit und Eignung bestehen nach Ansicht der Landesregierung hinsichtlich der sogenannten Spuckschutzhauben, wie sie in Bremen zum Einsatz kommen?
2. Wie viele Fälle von Spuckattacken auf niedersächsische Ordnungshüter in den Jahren 2013 und 2014 sind der Landesregierung jeweils bekannt?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Polizistinnen und Polizisten gegen Spuckattacken effektiv zu schützen?

28. Abgeordnete Ansgar Focke und Angelika Jahns (CDU)

„Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine Landesaufgabe!“

Der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Marco Trips, hat in einem Gastkommentar für den *rundblick* vom 5. Januar 2015 in Erinnerung gerufen, dass die Unterbringung von Flüchtlingen eine Landesaufgabe sei, die Kommunen jedoch momentan zu ungefähr 40 Prozent an der Finanzierung beteiligt würden. „Bei gleichbleibenden Zahlen führt dies zu einer Belastung der Haushalte von Städten und Gemeinden, die nicht hinnehmbar ist“, so Trips.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch waren die Ausgaben des Landes für Flüchtlinge im Landeshaushalt 2014 in absoluten Zahlen?
2. Welche Mittel stellt das Land im Landeshaushalt 2015 für Flüchtlinge zur Verfügung, und wie hoch ist die Steigerung dieser Mittel gegenüber dem Jahr 2014?
3. Wie hoch sind die Ausgaben des Landes, umgerechnet auf jeden Flüchtling, zum Jahresende 2014 im Vergleich zu den im Haushalt 2015 bereitgestellten Mitteln für Flüchtlinge bei der gegenwärtig für das Jahr 2015 prognostizierten Anzahl von Flüchtlingen in Niedersachsen?

29. Abgeordnete Angelika Jahns und Rudolf Götz (CDU)

Steigen die Ausgaben für das Büro des Innenministers weiter?

Im Stellenplan 2015 des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport ist im Vergleich zum Stellenplan 2014 ein zusätzlicher nach B3 bewerteter Dienstposten ausgebracht - offenbar für den Leiter des Ministerbüros im Ministerium.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Beabsichtigt das Innenministerium, im Bereich des Ministerbüros bzw. der Referatsgruppe L bisherige angestellte Beschäftigte zu Beamtinnen und Beamten zu ernennen (bitte nach einzelnen Beschäftigten und Zieldienstposten sowie deren Wertigkeit aufschlüsseln, hier genügt die Funktions- oder Aufgabenbezeichnung)?
2. Wie weit sind die jeweiligen Verfahren und Überlegungen gediehen, und ist der Landespersonalausschuss befasst worden bzw. wird er voraussichtlich befasst werden müssen?
3. Welche Ausnahmen von beamtenrechtlichen Bestimmungen mussten oder müssten im Falle der Verbeamtung von Angehörigen der Referatsgruppe L durch den Landespersonalausschuss zugelassen werden, und welche besonderen Auflagen oder Verfahrensschritte sind bzw. waren dafür zu erfüllen bzw. zu durchlaufen (bitte nach einzelnen Beschäftigten und Zieldienstposten sowie deren Wertigkeit aufschlüsseln, auch hier genügt die Funktions- oder Aufgabenbezeichnung)?

30. Abgeordnete Reinhold Hilbers, Rainer Fredermann, Thomas Adasch, Björn Thümler und Jens Nacke (CDU)

Was unternimmt die Landesregierung für genügend Feuerwehr-Lehrgänge?

Die *Nordhannoversche Zeitung* berichtet in ihrer Ausgabe vom 5. Januar 2015 unter der Überschrift „Zu wenig Plätze bei Feuerwehr-Lehrgängen“ über fehlendes Personal an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK). Infolgedessen würden nicht genügend dringend benötigte Lehrgänge für die Feuerwehren angeboten.

So berichtet die Leiterin des Ordnungsamtes der Stadt Burgwedel, Andrea Stroker, in dem Artikel: „Die Differenz zwischen Bedarf und zugeteilten Lehrgängen ist extrem“.

Von 55 beantragten Lehrgängen für das Jahr 2015 habe die Stadt für das erste Halbjahr nur sechs bekommen. Der Sprecher der Feuerwehr der Nachbargemeinde Isernhagen, Philipp Suppan, spricht in dem Artikel davon, dass man von den 59 angeforderten Plätzen nur sieben bekommen habe.

Aus Gesprächen in anderen Regionen Niedersachsens sind ähnliche Klagen bekannt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Fehlt gegenwärtig bei der NABK an den Standorten Loy und Celle Personal zur Durchführung der benötigten Lehrgänge?

2. Falls ja zu Frage 1: Was tut die Landesregierung, um die notwendige Personalausstattung der NABK langfristig sicherzustellen (z. B. zusätzliches Personal durch Abordnungen, Einstellungen oder neue Beschäftigungsmodelle)?
3. Wie viele Lehrgänge mit wie vielen Teilnehmern werden nach derzeitigen Stand im Jahr 2015 weniger als in den Vorjahren seit 2012 durchgeführt?

31. Abgeordnete Thomas Adasch (CDU) und Jörg Bode (FDP)

Kommt ein Uni-Campus der Leuphana nach Celle?

Die *Cellesche Zeitung* berichtet in ihrer Ausgabe vom 10. Januar 2015, die „Celler Hochschulräume“ könnten „in absehbarer Zeit Realität werden“. Hintergrund ist eine beabsichtigte Kooperation der Stadt Celle mit der Leuphana über Studienmöglichkeiten im Bereich der berufsbegleitenden Ausbildung. Beide Partner streben hier ein Projekt an, das im Wesentlichen durch EU-Förderung finanziert werden soll. Die *Cellesche Zeitung* berichtet weiter: „Das Land hat dem Vorhaben bereits formal zugestimmt“.

Allerdings hat die Landesregierung am 30. August 2013 gegenüber dem Landtag erklärt (Drucksache 17/500): „Angesichts der differenzierten niedersächsischen Hochschullandschaft, der begrenzten finanziellen Mittel für den Hochschulsektor, aber insbesondere hinsichtlich der längerfristigen demografischen Entwicklung und des Erfordernisses, die bestehenden Standorte zu festigen und ihre „Stärken zu stärken“, um ihre Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und internationalen Raum zu gewährleisten, werden Planungen für neue Hochschulstandorte aus Sicht der Landesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht sinnvoll erachtet. (...) Die Landesregierung geht davon aus, dass an bestehenden Hochschulstandorten bereits vorhandene Infrastruktur für den Wissenschaftsbetrieb optimaler genutzt, kostengünstiger erweitert und der temporär erhöhten Nachfrage angepasst werden kann, als dies bei der Neugründung eines Hochschulstandortes der Fall wäre.“

Auch ein Sprecher der Leuphana wollte laut Bericht des NDR einen Campus am Standort Celle nicht bestätigen. Die Presseberichte über eine Zustimmung der Landes zu dem Vorhaben basieren auf Aussagen des Oberbürgermeisters Mende, des SPD-Landtagsabgeordneten Maximilian Schmidt (SPD) und den beschlossenen regionalen Handlungsempfehlungen, die im Rahmen der Programmaufstellung der laufenden EU-Förderperiode aufgestellt worden sind.

In den Handlungsempfehlungen heißt es: „Darüber hinaus stehen neue Kooperationen und Projekte mit Hochschulen zur Weiterentwicklung des „dualen Studiums“ auf der Agenda“.

Im Redenmanuskript von Oberbürgermeister Mende zum Bürgerempfang findet sich folgende Passage: „Das mit Ihnen, mit der Bürgerschaft in einem Leitbildprozess schon vor über zehn Jahren erarbeitete wichtige Ziel, den Bildungs- und Hochschulstandort Celle auszubauen, ist noch immer sowohl eines meiner zentralen Anliegen als auch das von Rat und Verwaltung.“

Nun habe ich zum ersten Mal die Hoffnung, dass meine Bemühungen, dass wir bei dem dicken Brett, was wir da zu bohren haben und welches ja schon von vielen gemeinsam angekratzt wurde, vielleicht dann doch endlich die richtige Stelle gefunden haben. Nämlich die Stelle, an der wir erfolgreich bohren können. Dass es vielleicht dann doch konkret werden könnte für eine Uni-Außenstelle in Celle. Mit der Landesbeauftragten für die regionale Entwicklung Lüneburg, Jutta Schiecke, und unter Beteiligung der Landkreise und großen selbstständigen Städte Lüneburg und Celle ist in den letzten Monaten ein Papier mit dem Titel ‚Regionale Handlungsstrategie Lüneburg‘ entstanden, das vom Landeskabinett am 15. Dezember 2014 gebilligt wurde. Darin wird unser Vorhaben ausdrücklich begrüßt, mit der Leuphana Universität Lüneburg im Bereich der dualen Ausbildung zu kooperieren.“

Der SPD-Landtagsabgeordnete Maximilian Schmidt erklärt bei *celleheute.de* am 9. Januar 2015: „Die Landesregierung hat sich grundsätzlich bereit erklärt, auch die Ansiedlung eines Hochschul-Ablegers in Celle zu unterstützen - hierzu laufen seit geraumer Zeit Gespräche. Bereits im Herbst des vergangenen Jahres war ich zusammen mit Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende in der Niedersächsischen Staatskanzlei vorstellig, um mögliche Optionen auszuloten.“

Da aus diesen unterschiedlichen Berichten und Erklärungen nicht deutlich wird, was tatsächlich umgesetzt werden soll, fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das von der Stadt Celle mit der Leuphana geplante Vorhaben einer Uni-Außenstelle in der Stadt Celle?
 2. Welchen Umfang und welche Qualität wird aus Sicht der Landesregierung der neue Universitätsstandort Celle der Leuphana, insbesondere in Bezug auf hauptamtliche Mitarbeiter in Celle, Studiengänge, Anzahl der Studienplätze in Celle, jährliche Präsenztage in Celle, Raumbedarf in Celle, haben, und mit welchen Kosten ist hierfür zu rechnen?
 3. Vor dem Hintergrund der Unklarheiten und ausstehenden Genehmigungen durch die EU-Kommission für die laufende Förderperiode: Wann kann die Stadt Celle mit Genehmigungen von Fördermitteln aus den EU-Strukturfonds, Bundesmitteln bzw. Landesmitteln für das Vorhaben rechnen, und hat das Land diese Fördermittel bereits abgesichert?
32. Abgeordnete Annette Schwarz, Petra Joumaah, Gudrun Pieper, Burkhard Jasper, Dr. Max Matthiesen, Volker Meyer und Reinhold Hilbers (CDU)

Wann bringt die Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Heimgesetzes in den Landtag ein?

Am 1. Juli 2014 hat die Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Heimgesetzes zur Verbandsbeteiligung freigegeben und gemäß Artikel 25 der Niedersächsischen Verfassung den Landtag unterrichtet.

Wir fragen die Landesregierung:

Wann bringt die Landesregierung den Gesetzentwurf in den Landtag ein?

33. Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr und Gabriela König (FDP)

Tatsächlicher Bedarf an Förderschullehrerstunden

Förderschulen in Niedersachsen beklagen schon seit geraumer Zeit einen Mangel an Sonderpädagogen und haben bereits seit Längerem auch Lehrkräfte mit anderen Lehrbefähigungen beschäftigt. Dieser Einsatz erstreckt sich nicht nur auf den Unterricht in der Förderschule selbst, sondern auch auf den Einsatz an allgemeinen Schulen im Zusammenhang mit den bewilligten sonderpädagogischen Zusatzbedarfen (siehe beispielsweise Ziffern 4 und 5.10 des Erlasses „Klassenbildung und Lehrerstundenzuweisung an den allgemein bildenden Schulen“).

Die eingesetzten Lehrkräfte mit anderen Lehrbefähigungen machen zweifelsohne eine hervorragende Arbeit, dennoch wäre es nach Auffassung von Beobachtern wünschenswert, in den Förderschulen und in den allgemeinbildenden Schulen - insbesondere vor dem Hintergrund des Ausbaus der Inklusion - Sonderpädagogen einzusetzen. Bereits im vergangenen September- und Oktoberplenar hatten die oben genannten Abgeordneten bezüglich der Differenz zwischen dem Soll der sonderpädagogischen Stunden (Summe aus Soll-UV an den Förderschulen und den Zusatzbedarfen der allgemeinbildenden Schulen) und den im niedersächsischen Schuldienst beschäftigten Sonderpädagogen (Summe aus den Stundenverpflichtungen aller Sonderpädagogen mit Unterrichtseinsatz abzüglich Anrechnungs- und Entlastungsstunden bzw. weiterer Freistellungen und Abordnungen für außerunterrichtliche Tätigkeiten) gefragt. Nach den bisherigen Antworten ergeben sich weitere Nachfragen zum letzten Statistikzeitpunkt.

In der Kultusausschusssitzung am 12. Dezember 2014 erklärte der Vertreter der Landesregierung, dass die letzten statistischen Erhebungen abgeschlossen seien und die Zahlen zum aktuellen Schuljahr nun vorliegen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Wochenstunden sind den allgemeinbildenden Schulen für sonderpädagogische Zusatzbedarfe (bitte nach Zusatzbedarfen aufgeschlüsselt und als Summe) bewilligt, und wie viele dieser Lehrerwochenstunden wurden tatsächlich durch Abordnungen an die allgemeinen Schulen zum letzten Statistikdatum verzeichnet?
2. Wie viele Sollstunden pro Woche ergeben sich zum letzten Statistikdatum für die öffentlichen Förderschulen (Grund- und Zusatzbedarf), und wie hoch sind die Iststunden nach der Statistik?
3. Wie hoch ist die Summe der zu unterrichtenden Lehrerwochenstunden der im niedersächsischen Schuldienst beschäftigten Sonderpädagogen abzüglich der Stunden, die nicht für Unterricht aufgewendet werden (beispielsweise Anrechnungs- und Entlastungsstunden, Freistellungen und Abordnungen für außerunterrichtliche Tätigkeiten)?

34. Abgeordnete Gabriela König, Horst Kortlang, Jörg Bode und Dr. Gero Hocker (FDP)

Chefsache Standortmarketing - Wann kommt das versprochene Konzept?

Die Landesregierung hat kurz nach der Wahl die Außenwirtschaftsförderung und das Standortmarketing zur Chefsache von Minister Lies erklärt. Die bestehenden Strukturen wurden zerschlagen, Verträge zum 31. Dezember 2013 gekündigt und ein Referat „Standortmarketing“ im MW gegründet. Seit dem Sommer 2013 arbeitet ein Team aus der Staatskanzlei und dem Wirtschaftsministerium an einer Standortkampagne, die sich mit Texten, Farben und Layout auseinandersetzt. Die *HAZ* (Ausgabe vom 9. Januar 2015) führt zum Sinn einer Standortkampagne Folgendes aus: „Das Land müsse national und international als Standort in den Köpfen potenzieller Investoren verankert bleiben. Auch die Exportwirtschaft profitiere davon, wenn das Land Niedersachsen mit Merkmalen wie Qualität und Innovation positiv besetzt sei“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung beim Standortmarketing für die 17. Legislaturperiode?
2. Was bedeutet es mit Bezug auf Qualität, Zeitfaktor und Mittelausstattung, wenn die Landesregierung wichtige Bestandteile der Wirtschaftsförderung zur Chefsache erklärt?
3. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Exportwirtschaft davon profitiert, wenn „das Land Niedersachsen mit Merkmalen wie Qualität und Innovation positiv besetzt“ ist?

35. Abgeordnete Gabriela König, Horst Kortlang, Hillgriet Eilers, Christian Grascha und Jörg Bode (FDP)

Welche landeseigenen Untersuchungen liegen der Machbarkeitsstudie für die Ertüchtigung der Amerika-Linie zugrunde?

Am 13. Februar 2014 hob das MW in einer Presseinformation (http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=5459&article_id=121924&_psmand=18) die Bedeutung der Amerika-Linie für die Anbindung der norddeutschen Häfen hervor. Minister Lies freute sich über die Machbarkeitsstudie der Bahn, die die eingleisige Ertüchtigung der Amerika-Linie zwischen Uelzen und Langwedel bei einer maximalen Geschwindigkeit bis 120 km/h untersucht hat (http://www.deutschebahn.com/de/konzern/bauen_bahn/aus_und_neubauprojekte/bremen_hamburg_hannover.html).

„Gerade bei der Amerika-Linie, die als Trasse ja bereits vorhanden ist, ist ein zügiger Ausbau, der schon eine spürbare Entlastung im Güterverkehr bringen würde, möglich. Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass ich die Y-Trasse oder eine der Alternativen in erster Linie als Trasse für den Güterfernverkehr sehe und für erforderlich halte“, wird Minister Lies zitiert. Niedersachsen hat das Erfordernis des Ausbaus der Amerika-Linie für den Güterverkehr von den niedersächsischen Seehäfen als Alternativbetrachtung mit eigenen Untersuchungen untermauert.

Die Bahn sieht für die Strecke 1960 Uelzen–Langwedel den zweigleisigen Ausbau, Gleisabstand 4,00 m, Entwurfsgeschwindigkeit 160 km/h und einer Achslast von 25 t (http://www.deutschebahn.com/file/7041796/data/erlaeuterungsbericht_variantenuntersuchung_y.pdf) vor. Derzeit wird mit Bezug auf die Amerika-Linie also von ein- und/oder zweigleisigem Ausbau (siehe z. B. Koalitionsvereinbarung Seite 62) und Geschwindigkeiten von derzeit 80 km/h über 100 km/h (Minister Lies im *Weser Kurier* vom 5. Dezember 2014), 120 km/h bis 160 km/h Streckengeschwindigkeit berichtet und untersucht. In diesem Zusammenhang variieren auch die Ausbaukosten für die Amerika-Linie zwischen 200 Millionen Euro und 1 350 Millionen Euro.

Die „Salzwedeler Vereinbarung“ propagiert die elektrifizierte Zweigleisigkeit bei Geschwindigkeiten von 120 bis 160 km/h.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche landeseigenen Untersuchungen liegen mit welcher Variantenuntersuchung mit Bezug auf Anzahl der Gleise, Gleisabstand, Entwurfsgeschwindigkeit und Achslast vor?
 2. Welche Ausbauvariante ist zu welchem Preis nach Meinung der Landesregierung für die Amerika-Linie für die Güterverkehrsabwicklung für die niedersächsischen Seehäfen erforderlich?
 3. Welche Ausbauvariante der Teilstrecke Uelzen–Langwedel erreicht welchen Wert im Nutzen-Kosten-Verhältnis?
36. Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Christian Dürr, Horst Kortlang, Gabriela König und Dr. Marco Genthe (FDP)

Wird schwerstkranken jungen Cannabisabhängigen die stationäre Behandlung in suchtmmedizinischen Krankenhausabteilungen und Kliniken erschwert?

Experten schätzen die Zunahme der schwerstkranken Cannabisabhängigen, die frühzeitig mit dem Konsum beginnen und damit einen Teil ihrer geistigen und sozialen Entwicklung nicht durchlaufen, als gravierend ein.

Suchtmedizinische Krankenhausabteilungen und Kliniken werden zunehmend mit diesen jungen Patientinnen und Patienten konfrontiert, die einem ambulanten Entzug aufgrund verschiedener Voraussetzungen nicht gewachsen sind und deshalb eine stationäre Krankenhausbehandlung benötigen. Als Voraussetzungen gelten beispielsweise der Vorrang des Substanzkonsums vor anderen Interessen und Verpflichtungen, Entzugssymptome, Kontrollverlust und ein bestehender Zwang, Cannabis zu konsumieren. Auch zeigt sich aufgrund eines schwankenden THC-Gehaltes von Cannabis eine starke und früher eintretende Abhängigkeit. Suchtmediziner sprechen sich auch für eine stationäre Behandlung aus, da erst nach einem qualifizierten Entzug Weiterbehandlungsmöglichkeiten herangezogen werden können.

Bezüglich der Übernahme von Behandlungskosten bei Cannabisabhängigen, bei denen eine stationäre Behandlung geboten ist, zeigen manche Krankenkassen jedoch eine große Zurückhaltung. Versorgungskliniken berichten, dass die Kosten für die stationäre Behandlung von Cannabisabhängigen von Krankenkassen teilweise oder vollständig nicht übernommen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie verteilen sich Cannabisabhängige auf stationäre und ambulante Behandlungen (bitte aufgeschlüsselt nach Altersgruppen)?
2. Wie viele Tage waren Cannabisabhängige mit einem Alter von unter 20 Jahren durchschnittlich in stationärer Behandlung in schulmedizinischen bzw. suchtmmedizinischen Krankenhausabteilungen und Kliniken (bitte aufgeschlüsselt nach den letzten fünf Jahren)?
3. Welche Kriterien gelten für die Krankenkassen für die Finanzierung einer stationären Krankenhausbehandlung von Cannabisabhängigen unter 20 Jahren in Niedersachsen?

37. Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Gab es Informationsweiterleitungen aus dem niedersächsischen Behördenapparat im Fall Edathy?

Nach dem Auftritt von Sebastian Edathy vor der Bundespressekonferenz und vor dem nach ihm benannten Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages haben sich neue Anhaltspunkte im Ablauf des Informationsflusses während des Ermittlungsverfahrens ergeben.

Am 15. Oktober 2013 erging eine Mitteilung durch das BKA an die 16 LKAs der Bundesländer. Die Weiterleitung von Informationen an die jeweils zuständigen Polizeidirektionen in Niedersachsen erfolgte am gleichen Tag durch das LKA. Sebastian Edathy (SPD) führt in seiner eidesstattlichen Versicherung aus, dass SPD-Abgeordnete des Deutschen Bundestages ihn bereits am 18. Oktober 2013 auf mögliche Problemlagen angesprochen hätten. Bekannt ist auch, dass der Bundesvorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, Mitte Oktober vom damaligen Bundesinnenminister über Ermittlungen gegen Sebastian Edathy informiert worden ist. Zeitnah wurden Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Thomas Oppermann (SPD) von Sigmar Gabriel (SPD) über diesen Sachverhalt ins Vertrauen gezogen. Mitte Oktober soll auch MdB Michael Hartmann (SPD) auf einer sicherheitspolitischen Tagung vom Ermittlungsverfahren gegen Sebastian Edathy erfahren haben. Am 21. Oktober 2013 erhielt die Generalstaatsanwaltschaft Celle eine Mitteilung bezüglich des vom BKA bearbeiteten Verfahrens gegen den Beschuldigten Sebastian Edathy.

Ab dem 23. Oktober 2013 haben die vierwöchigen Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD und der Union auf Bundesebene unter Beteiligung von Stefan Weil (SPD-Landesvorsitzender Niedersachsen), Boris Pistorius und Olaf Lies begonnen. Am 31. Oktober unterrichtete dann die Generalstaatsanwaltschaft Celle die Oberstaatsanwaltschaft Hannover. Ende Oktober 2013 telefonierten Thomas Oppermann und BKA-Präsident Jörg Ziercke (SPD), um sich über den Ermittlungsstand im Fall Edathy auszutauschen. Am 8. November 2013 sprachen Thomas Oppermann und Sebastian Edathy über die „Karrierewünsche“ von Sebastian Edathy. Am 15. November 2013 hat Michael Hartmann Sebastian Edathy auf Ermittlungen gegen ihn aufmerksam gemacht. Die Erkenntnisse habe er aus „Sicherheitskreisen“, führte er aus, und Frank-Walter Steinmeier und Thomas Oppermann seien ebenfalls in Kenntnis dieser Sachlage. Jörg Ziercke soll laut der eidesstaatlichen Versicherung von Sebastian Edathy die Informationsquelle für Michael Hartmann gewesen sein. Zum Jahreswechsel 2013/2014 teilte Michael Hartmann Sebastian Edathy mit, dass seine Akte von der Generalstaatsanwaltschaft Celle zur Staatsanwaltschaft Hannover übermittelt worden sei. Am 25. Januar 2014 wurde Michael Hartmann dann durch den Büroleiter von Thomas Oppermann auf die Causa Edathy angesprochen. Sebastian Edathy führte im Untersuchungsausschuss dazu Folgendes aus: Ende Januar habe ihm (Edathy, Anmerkung der Fragesteller) Hartmann dann mitgeteilt, die Staatsanwaltschaft Hannover sei „wohl gewillt, alle Register zu ziehen“, also die Aufhebung seiner Abgeordnetenimmunität zu beantragen und Durchsuchungen vorzunehmen“ (http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/ua/kw51_pa_ua_edathy/345474).

Am 29. Januar 2014 wurde das niedersächsische Justizministerium telefonisch über das Verfahren und die weitere Absicht der Generalstaatsanwaltschaft Celle unterrichtet. Am 10. Februar 2014 soll das LKA „erstmalig“ das zuständige Referat im Innenministerium unterrichtet haben. An diesem Tag erfolgten im Beisein der Presse auch Durchsuchungsmaßnahmen in Räumen von Sebastian Edathy. Bezüglich dieses Sachverhalts und weiterer Ungereimtheiten (z. B. geöffnete Briefe der Staatsanwaltschaft Hannover) im Fall Edathy sind weitere Ermittlungsverfahren anhängig.

Die Landesregierung führte ausweislich des Plenarprotokolls vom 27. Februar 2014 nachfolgende Chronologie der Kenntnisnahme der einzelnen Mitglieder der Landesregierung zur Aufnahme von strafrechtlichen Ermittlungen gegen Sebastian Edathy auf:

- Innenminister Boris Pistorius (SPD): Mitte Oktober 2013, Quelle: Polizeipräsident Kruse,
- Ministerpräsident Stephan Weil (SPD): 9. und 10. Februar 2014, Quellen: Regierungssprecherin Anke Pörksen (SPD), Justizstaatssekretär Scheibel/CdS Dr. Jörg Mielke (SPD),
- Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (B90/Die Grünen): 29. Januar 2014, Quelle: Justizstaatssekretär Scheibel. Details am 10. Februar aus einem Bericht der Generalstaatsanwaltschaft Celle.

Sämtliche weiteren Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung haben erstmals in der Folge des 10. Februar 2014 von den Vorgängen, die zur Aufnahme von strafrechtlichen Ermittlungen gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy führten, aus Medienberichten erfahren. Herr Minister Wenzel hat von den Vorgängen erstmals aus der Presse erfahren. Herr Minister Schneider hat - aus der Erinnerung heraus - von dem Vorgang erstmals am 11. Februar aus den Medien erfahren. Frau Ministerin Rundt hat - aus der Erinnerung heraus - von den Vorgängen erstmals am 10. oder 11. Februar aus der Presse erfahren. Frau Ministerin Heinen-Kljajić hat von den Vorgängen erstmals mit Beginn der Berichterstattung in den öffentlichen Medien erfahren. Frau Ministerin Heiligenstadt hat - aus ihrer Erinnerung heraus - von den Vorgängen erstmals am 11. Februar aus der Presse erfahren. Herr Minister Lies hat von den Vorgängen erstmals am 11. Februar 2014 aus der Presse erfahren. Herr Minister Meyer hat von den Vorgängen erstmals am 11. Februar 2014 aus der Presse erfahren

Wir fragen die Landesregierung:

1. Bleibt sie vor dem Hintergrund der oben aufgeführten Chronologie zu Gesprächen und zum Informationsfluss in Richtung Spitzenpolitiker der SPD (seit Mitte Oktober 2013), der eingeleiteten Ermittlungsverfahren, der ab dem 23. Oktober 2013 begonnenen vierwöchigen Koalitionsverhandlungen in Berlin unter Beteiligung des Ministerpräsidenten Weil und der Minister Lies und Pistorius dabei, dass die Regierungsmitglieder der SPD, mit Ausnahme des Innenministers, erst vage am 9. und konkreter am 10. und 11. Februar 2014 über die Aufnahme von strafrechtlichen Ermittlungen gegen den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy aus der Presse erfahren haben sollen?
 2. Wie bewertet die Landesregierung die eidesstattliche Aussage von Sebastian Edathy im Rahmen des 2. Untersuchungsausschusses im Bundestag, dass MdB Michael Hartmann (SPD) bereits Ende Januar 2014 - also fast zwei Wochen bevor die Räume von Edathy durchsucht worden sind - von der bevorstehenden Anordnung der Durchsuchung durch die Staatsanwaltschaft Hannover Kenntnis erlangt hat?
 3. Welche rechtlichen Schritte und organisatorischen Folgen wird die Landesregierung aus dem Vorfall der Weitergabe von Informationen, beispielsweise auch des LKA-Abschlussberichtes an die Presse, bis hin zum Hauptbeschuldigten Sebastian Edathy ziehen?
38. Abgeordnete Christian Grascha, Gabriela König, Christian Dürr und Jörg Bode (FDP)

Wie ist der aktuelle Stand bezüglich der Einführung einer Finanztransaktionssteuer?

Seit Jahren wird auf europäischer Ebene über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer verhandelt. Laut aktuellen Medienberichten konnte auch auf dem letzten Zusammentreffen der Finanzminister der EU keine weitergehende inhaltliche Einigung über die Ausgestaltung dieser Steuer erzielt werden. Dennoch soll an einem Einführungsdatum zu Beginn des nächsten Jahres festgehalten werden. Dabei hätte diese Steuererhöhung Auswirkungen auch auf die niedersächsischen Sparer. Das Deutsche Aktieninstitut hatte errechnet, dass Privatanleger und Sparer durch die neue Steuer jedes Jahr mit bis zu 3,6 Milliarden Euro belastet werden. Jeder Haushalt zahlt demnach jährlich zwischen 46 und 132 Euro.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Stand bezüglich der Einführung einer Finanztransaktionssteuer?
2. Welche sind die strittigen Punkte im Rahmen der Verhandlungen zwischen den beteiligten EU-Ländern?
3. Welche Positionen bezieht diesbezüglich die Landesregierung?

39. Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Horst Kortlang, Hillgriet Eilers, Hermann Grupe, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Wie bewertet die Landesregierung die beschlossenen Fischfangmengen für 2015?

Am 15. Dezember 2014 haben die zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten die Fischfangmengen für die Nordsee und den Nordostatlantik beschlossen. Bei vielen Beständen beschlossen die Minister höhere Fangmengen, als von der EU-Kommission vorgeschlagen. Kürzungen gibt es beispielsweise bei Hering und Seelachs.

Umweltverbände kritisieren das Ergebnis als „Verrat am Geist der europäischen Fischereireform“. So sagte Karoline Schacht vom WWF: „Das Nachhaltigkeitsziel wurde über Bord geworfen. Mit diesem blamablen Verhandlungsergebnis legen die Minister das Messer ans Herz der Reform.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Von welchen Fischarten wurden im vergangenen Jahr welche Mengen in der Nordsee gefangen?
 2. Wie bewertet die Landesregierung die beschlossenen Fischfangmengen für 2015?
 3. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage von Umweltschützern, dass das Ergebnis „Verrat am Geist der europäischen Fischereireform“ sei?
40. Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Gabriela König, Horst Kortlang, Hillgriet Eilers, Christian Grascha, Jörg Bode und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Subventioniert die rot-grüne Landesregierung die Erdöl- und Gaskonzerne?

Das rot-grüne Kabinett hat auf Anregung des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Dezember 2014 die Senkung der Förderabgabe auf Erdöl und eine Rückführung der Abgabe auf Naturgas von 37 auf 30 Prozent beschlossen. Schwefel bleibt, unter Mitwirkung von Minister Stefan Wenzel (Bündnis90/Die Grünen), sogar ganz von der Förderabgabe befreit. Begründet wird die Abgabenreduzierung für die heimische Erdöl- und Erdgasindustrie mit einem Preisverfall beim internationalen Rohölpreis. Die rot-grüne Landesregierung rechnet infolge des Preisverfalls mit Auswirkungen, sowohl auf die Versorgungssicherheit als auch auf die optimale Nutzung der heimischen Energieressourcen.

Im Jahr 2011 war von Minister Stefan Wenzel, seinerzeit Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen, Folgendes zu vernehmen: „Mit der Subventionierung der Energiekonzerne durch den Verzicht auf die Förderabgabe, wenn Erkundungsbohrungen erfolglos bleiben oder wenn Schiefergas gefördert wird, betreibt die Landesregierung eine Politik, die weder Arbeitsplätze sichert oder schafft noch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranbringt. Sie ist deshalb umgehend zurückzunehmen.“ Er forderte die damalige Landesregierung auf, die „Subventionierung der Energiekonzerne durch Senkung der Förderabgabe (...) unverzüglich zu beenden“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches Verhältnis hat die rot-grüne Landesregierung zu den in Niedersachsen tätigen Energiekonzernen, die zur Abführung der Feldes- und Förderabgabe in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro herangezogen werden?
2. Stellt die Reduzierung der Förderabgabe für Öl- und Gasunternehmen unter einer rot-grünen Landesregierung keine Subventionierung der Energiekonzerne dar?
3. Hat es in diesem Zusammenhang weitere Änderungen an der Niedersächsischen Verordnung über die Feldes- und Förderabgabe gegeben?

41. Abgeordnete Hillgriet Eilers, Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Kein Platz mehr in Nazareth?

Das Haus Nazareth in Norddeich ist die einzige Clearingstelle für unbegleitete Flüchtlinge unter 18 Jahren in Niedersachsen. Die jungen Leute stammen u. a. aus Syrien, Somalia und Eritrea. Sie sind zum Teil hochgradig traumatisiert.

Einhergehend mit der allgemein gestiegenen Zahl von Flüchtlingen ist Zeitungsberichten zufolge auch die Zahl der im Haus Nazareth untergebrachten Jugendlichen in den letzten Monaten stark angestiegen und wird voraussichtlich weiter ansteigen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Belegung des Hauses Nazareth in den letzten zwei Jahren konkret entwickelt, und wie wird sie sich nach Ansicht der Landesregierung in den nächsten zwei Jahren entwickeln?
 2. Reicht das aktuelle Platzangebot im Haus Nazareth nach Ansicht der Landesregierung aus, oder ist eine Erweiterung, möglicherweise sogar in Form eines zweiten Standortes, notwendig?
 3. Wie unterstützt die Landesregierung das Haus Nazareth in der aktuellen Situation?
42. Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Gabriela König, Hillgriet Eilers und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Zustand der Straßenbrücken an Landesstraßen in Niedersachsen?

Die Landesregierung führt in der Drucksache 17/1129 vom 13. Januar 2013 aus, dass sich rund 200 Brückenbauwerke im Zuge von Bundes- und Landesstraßen in Niedersachsen in der Nachrechnung befinden und für zahlreiche Brücken Ersatzneubauten erforderlich werden. 14 Brückenbauwerke entlang von Landesstraßen werden in der Drucksache aufgeführt, für die Entwurfsplanungen für erforderliche Genehmigungsverfahren zu erstellen sind.

Die Sprecherin für Verkehr von Bündnis90/Die Grünen, Frau Susanne Menge, führte im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 in ihrem Beitrag aus, dass sich die Landesregierung und die sie tragende Regierungskoalition über den Ernst der Lage durchaus bewusst seien. Wörtlich führte sie aus: „Es ist hinlänglich bekannt, dass sich unsere Straßen und Brücken in einem sehr schlechten Zustand befinden“, um später fortzufahren: „Rot-Grün stellt sich den verkehrspolitischen Herausforderungen. Wir finanzieren und investieren in einem Rahmen, der dem Land unter den gegebenen Umständen möglich ist: Wir stellen 2,5 Millionen Euro an Planungsmitteln für die überfälligen Brückensanierungen ein.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Kann und wird sie ein Jahr nach Vorlage der Antwort in der Drucksache 17/1129 die offen gebliebenen Antworten - abschließende Anzahl erforderlicher Ersatzneubauten in den kommenden zehn Jahren und erforderliches Gesamtinvestitionsvolumen - nachliefern?
2. Wie viele Brückensanierungen können mit dem Planungsmittelansatz des Landes in Höhe von 2,5 Millionen Euro abschließend geplant werden, sodass sie den Anforderungen an ein öffentlich-rechtliches Planungs- und Genehmigungsverfahren genügen?
3. Welche Brückenbauwerke entlang von Landesstraßen werden im Haushaltsjahr 2015 und im Jahr 2016 saniert oder durch Neubauten ersetzt?

43. Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Sylvia Bruns, Christian Dürr, Hillgriet Eilers, Björn Försterling, Dr. Marco Genthe, Christian Grascha, Dr. Gero Hocker, Gabriela König, Horst Kortlang, Jan-Christoph Oetjen und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Wie geht es mit dem LROP weiter? (Teil 1)

Nach Kritik von verschiedenen Seiten hat Landwirtschaftsminister Meyer am 10. Dezember 2014 erklärt: „Wir haben die Kritik verstanden. Wir werden Änderungen mit sehr deutlichen Korrekturen machen.“ Der NDR schrieb am selben Tag mit Verweis auf den Sprecher des Ministeriums, Manfred Böhling: „Die im aktuellen Entwurf verankerten Ziele werden sich laut Böhling nicht ändern. Vielmehr rechnet er mit Konkretisierungen und Streichungen in einzelnen Punkten“ (NDR.de vom 10. Dezember 2014). Minister Meyer wird im *rundblick* vom 10. Dezember 2014 dagegen mit den Worten zitiert: „Die Moorentwicklung ‚wird nicht Ziel des zweiten Entwurfs sein‘,“.

Hauptkritikpunkte am ersten Entwurf des Landes-Raumordnungsprogramms waren der Moorschutz, bei dem ca. 100 000 Hektar Land als Vorranggebiet Torferhaltung und Moorentwicklung eingeplant wurden, die Vernetzungsräume über die Landesgrenzen hinaus sowie die Klassifizierung der Grund-, Mittel- und Oberzentren mit Abschaffung der Möglichkeit eines Grundzentrums mit mittelzentraler Teilfunktion, was vielfach als Beschränkung der Entwicklung ländlicher Gegenden gesehen wird.

Bereits im November hat die Landesregierung eine Verlängerung der Frist für Stellungnahmen auf den 31. Dezember 2014 beschlossen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Stellungnahmen gingen zum ersten Entwurf des Landes-Raumordnungsprogramms ein?
 2. Wie ist der weitere Zeitplan des Verfahrens?
 3. Wird es einen komplett neuen Entwurf geben, oder wird der erste Entwurf lediglich überarbeitet?
44. Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Hermann Grupe, Jörg Bode, Sylvia Bruns, Christian Dürr, Hillgriet Eilers, Björn Försterling, Dr. Marco Genthe, Christian Grascha, Dr. Gero Hocker, Gabriela König, Horst Kortlang, Jan-Christoph Oetjen und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Wie geht es mit dem LROP weiter? (Teil 2)

Nach Kritik von verschiedenen Seiten hat Landwirtschaftsminister Meyer am 10. Dezember 2014 erklärt: „Wir haben die Kritik verstanden. Wir werden Änderungen mit sehr deutlichen Korrekturen machen.“ Der NDR schrieb am selben Tag mit Verweis auf den Sprecher des Ministeriums, Manfred Böhling: „Die im aktuellen Entwurf verankerten Ziele werden sich laut Böhling nicht ändern. Vielmehr rechnet er mit Konkretisierungen und Streichungen in einzelnen Punkten“ (NDR.de vom 10. Dezember 2014). Minister Meyer wird im *rundblick* vom 10. Dezember 2014 dagegen mit den Worten zitiert: „Die Moorentwicklung ‚wird nicht Ziel des zweiten Entwurfs sein‘,“.

Hauptkritikpunkte am ersten Entwurf des Landes-Raumordnungsprogramms waren der Moorschutz, bei dem ca. 100 000 Hektar Land als Vorranggebiet Torferhaltung und Moorentwicklung eingeplant wurden, die Vernetzungsräume über die Landesgrenzen hinaus sowie die Klassifizierung der Grund-, Mittel- und Oberzentren mit Abschaffung der Möglichkeit eines Grundzentrums mit mittelzentraler Teilfunktion, was vielfach als Beschränkung der Entwicklung ländlicher Gegenden gesehen wird.

Bereits im November hat die Landesregierung eine Verlängerung der Frist für Stellungnahmen auf den 31. Dezember 2014 beschlossen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Will sie bereits bei der Erarbeitung des neuen Entwurfes für das Landes-Raumordnungsprogramm betroffene Verbände beteiligen und, wenn ja, welche und in welcher Weise?

2. Welche Punkte sollen in welcher Weise genau konkretisiert oder gestrichen werden?
3. Werden sich die Ziele des neuen Entwurfs ändern und, wenn nein, weshalb sollen sie sich trotz der Kritik betroffener Gruppen nicht ändern, wie es der Sprecher des Landwirtschaftsministeriums Manfred Böhling erklärte?

45. Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Christian Dürr und Gabriela König (FDP)

Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen

In 2015 geht die bisherige Förderung des Bundes zur Finanzierung von Mehrgenerationenhäusern mit Mitteln aus dem Europäischen Strukturfonds in eine nationale Förderung über. Hierbei werden weiterhin Mehrgenerationenhäuser mit bis zu 40 000 Euro jährlich gefördert.

Der Bund übernimmt 30 000 Euro, sofern eine Kofinanzierung durch das Land oder die Kommune über den Rest erfolgt. Gefördert werden über das Folgeprogramm des Bundesfamilienministeriums nur diejenigen Mehrgenerationenhäuser und deren Träger, die bislang bereits Förderungen aus dem Programm erhalten haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Anzahl der Mehrgenerationenhäuser seit Inkrafttreten des Aktionsprogramms des Bundes am 1. Juni 2008 bis heute in Niedersachsen entwickelt (bitte getrennt auflisten nach am Aktionsprogramm teilnehmenden und nicht teilnehmenden Mehrgenerationenhäusern)?
 2. Wie findet die Kofinanzierung der einzelnen Häuser in Niedersachsen statt?
 3. Welche Bedeutung wird den Mehrgenerationenhäusern im Vergleich mit anderen Maßnahmen wie beispielsweise der Weiterentwicklung von Quartierslösungen und alternativen Wohngemeinschaften beigemessen?
46. Abgeordnete Björn Försterling, Jan-Christoph Oetjen, Hillgriet Eilers und Christian Dürr (FDP)

Modellprojekt für eine bessere Integration

Im Frühjahr startete die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein Modellprojekt in sechs Städten, das besonders geeignete Asylbewerber frühzeitig an reguläre Arbeit heranführen soll. Vor allem Syrer, Iraker und Afghanen nehmen an dem Projekt teil. Das BAMF sucht gezielt nach qualifizierten Flüchtlingen, die die Chance auf einen positiven Asylbescheid haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Kooperieren bereits niedersächsische Kommunen? Wenn ja, welche?
2. Mit welchen lokalen Netzwerken kooperiert die BA hierfür in Niedersachsen?
3. Fördert die Landesregierung solche Projekte in Kommunen?

47. Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Gabriela König, Horst Kortlang, Hillgriet Eilers, Christian Grascha, Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen, Christian Dürr, Björn Försterling und Dr. Marco Genthe (FDP)

Aus 80 mach 1 - wo rollen die Räder der Reaktivierung?

Die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken erzeugte, unter der Federführung von Verkehrsminister Olaf Lies, regelmäßig Schlagzeilen. In mehreren Stufen fand gemäß dem Ministermotto „Mobilität ist ein Stück Lebensqualität“ (DNG 3-2014) ein Auswahlprozess statt. Von „rund 80“ stillgelegten Bahnstrecken (HAZ, 14. Oktober 2013) können „Eine oder vielleicht zwei Strecken“ (HAZ, 5. Januar 2015) auf einen Neustart „für mindestens die kommenden 20 Jahre hoffen“. Der VCD begrüßte noch im August 2013 die Aktivitäten der Reaktivierung mit den Worten „das hätte es unter der alten Landesregierung nicht gegeben“; denn die Wiederbelebung stillgelegter Bahnstrecken findet der VCD „absolut gut“ (Landeszeitung, 8. August 2013). Wenige Monate später reagiert der gleiche Verein beim gleichen Thema mit „Unverständnis“ und fordert von der Landesregierung ein klares Bekenntnis zu Reaktivierungen (PM des VCD vom 5. Januar 2015). Minister Lies zog selbst das Fazit: „Die Resonanz war riesig, die Akzeptanz ebenfalls. Ich bin gespannt, wohin uns dieser Weg führt. Letztlich bestimmt die wirtschaftliche Vernunft, wie wir den Schienenpersonennahverkehr in der Fläche ausweiten werden“ (DNG 3-2014, Seite 71).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Für die Reaktivierung wie vieler Strecken werden die vorhandenen finanziellen Mittel voraussichtlich ausreichen?
 2. Warum ist mit der Ausweisung von vermutlich einer Strecke oder höchstens zwei Kurzstrecken das Ziel des Koalitionsvertrages (Seite 64) bereits erreicht?
 3. Kann die Landesregierung den Unmut des VCD, dass nach dem aufwendigen Beteiligungsverfahren von fast 80 nur eine oder höchstens zwei Kurzstrecken zur Reaktivierung verbleiben, verstehen?
48. Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Kupierverbot für Schweineschwänze - „Das würde zu einem starken Anstieg von Schmerzen und Leiden bei diesen Tieren führen“

Im Juni 2014 kündigte Landwirtschaftsminister Meyer ein Kupierverbot für Schweineschwänze ab 2016 sowie eine Prämie für Betriebe, die bereits vorher das Kupieren beenden, an. Diese Prämie soll dann bezahlt werden, wenn mindestens 70 % der Schweineschwänze unversehrt sind.

Am 24. Dezember 2014 berichtet der NDR auf seiner Internetseite, dass eine Machbarkeitsstudie der Tierärztlichen Hochschule Hannover (TiHO) zu dem Ergebnis gekommen sei, dass „ein schneller Stopp der Amputationen den Tieren mehr schadet, als dass er nutzt“. Projektleiter Prof. Dr. Thomas Blaha rät folglich von einem übereilten Verbot und der Ringelschwanzprämie ab.

„Das würde zu einem starken Anstieg von Schmerzen und Leiden bei diesen Tieren führen. Stattdessen müsse weiter nach Wegen gesucht werden, um das Schwanzbeißen der Tiere zu verhindern, und an einem klugen Beratungskonzept gearbeitet werden“, so Prof. Dr. Blaha.

Im November 2014 meldeten Presseberichte, dass Minister Meyer zu einem Verzicht auf das Kupierverbot bereit sei, wenn ihm die Wissenschaft nachweisen könne, dass diese Maßnahme nutzlos oder für das Tier schädlich sei.

Am 12. November 2014 sagte Dr. Conrad Welp vom Verein zur Förderung der bäuerlichen Veredlungswirtschaft in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung: „Aus meiner Sicht stellt man mit der Ringelschwanzprämie den Tierschutzplan und die Aktivitäten der AG Schwein nicht nur infrage, sondern boykottiert sie auch“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches waren aus Sicht der Landesregierung die Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie der TiHo, und inwieweit decken sich die Erkenntnisse der Landesregierung mit denen von Prof. Dr. Blaha?
2. Welche Schlüsse wird die Landesregierung aus dieser Studie ziehen?
3. Warum verzichtet die Landesregierung trotz der vorliegenden Stellungnahmen nicht auf die Ringelschwanzprämie?

49. Abgeordnete Horst Kortlang, Hillgriet Eilers, Dr. Gero Hocker, Gabriela König und Jörg Bode (FDP)

Seezeichen aus Plastik im niedersächsischen Weltnaturerbe Wattenmeer?

Der Bund plant, den kostengünstigen Einsatz von Seezeichen aus Kunststoff im Bereich der Nordsee ab 2016 zu realisieren. Dies wird im Austausch mit den derzeitigen Seezeichen aus Stahl erfolgen. Der Bund verspricht sich eine Entlastung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und beruft sich auf eine Untersuchung, die eine leichtere Instandhaltung und längere Haltbarkeit bescheinigt. Die Anschaffung von kleinen und mittleren Tonnen und Baken soll bis zu 50 % günstiger sein als vergleichbare Seezeichen aus Stahl. Bei den großen Seezeichen, die allerdings nur 25 % der Seezeichen ausmachen, fällt der Preisvorteil weg.

In der Drucksache 17/1756 wird der Eintrag von Kunststoffen in die Meeresumwelt thematisiert. Die Entschließung der Regierungskoalition spricht sich für eine deutliche Reduzierung des Eintrags von Kunststoffen in die Meeresumwelt aus und weist auf die besondere Verantwortung des Landes Niedersachsen zum Schutz der Nordsee hin.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist das Verhältnis/die Haltung der Landesregierung zum geplanten Einsatz von kostengünstigen Seezeichen aus Plastik im Weltnaturerbe Wattenmeer und in der Nordsee?
2. Wird sich die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass Kunststoffe unter Einwirkung von Wasser, Seewasser oder UV-Strahlung chemisch aktive Substanzen abgeben können, gegenüber der Bundesregierung für den Einsatz von biologisch abbaubaren Seezeichen oder für die Erforschung von Alternativen einsetzen?
3. Hat die Landesregierung Erkenntnisse über die chemische Zusammensetzung der Plastik-Seezeichen und infolgedessen auch Erkenntnisse über die potenziellen Gefahren, die mittel- und langfristig von diesen ausgehen können?

50. Abgeordnete Jörg Bode, Christian Grascha, Hermann Grupe und Horst Kortlang (FDP)

Verteilung von EU-Fördergeldern auf Südniedersachsen?

Ministerpräsident Weil führte im Rahmen der Plenardebatte am 17. Dezember 2014 bezüglich der rechtlichen Sicherung von 50 Millionen Euro EU-Fördergeldern für „Südniedersachsen“ nachfolgendes aus: „Das wird im Rahmen der Programmkoordination in dem Sinne gewährleistet, dass die entsprechenden Projekte aus den einzelnen Regionen - und Südniedersachsen ist eine davon - vor die Klammer gezogen werden. Auf diese Art und Weise ist eine Sicherstellung der Regionalisierung der neuen Förderpolitik gewährleistet.“

In der Vergangenheit wurden als betroffene Landkreise die fünf Landkreise Holzminden, Northeim, Göttingen, Osterode am Harz und Goslar genannt. Dass für das Südniedersachsenprogramm auch weitere Landkreise infrage kommen, ist der Formulierung auf der Homepage des Projektbüros Südniedersachsen zu entnehmen. Dort wird von den „vom Südniedersachsenprogramm maßgeblich profitierenden Landkreise Holzminden, Northeim, Göttingen, Osterode am Harz und Goslar und die Stadt Göttingen“ gesprochen (http://www.arl-bs.niedersachsen.de/startseite/wir_ueber_uns/projektbuero_suedniedersachsen/das-projektbuero-suedniedersachsen-125892.html).

Auch aufseiten der Staatskanzlei wird mit nachfolgender Formulierung textlich offen über das mögliche Programmgebiet Südniedersachsenprogramm gesprochen:

„Die niedersächsischen Landesteile haben sich in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Die Analysen des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) und des Instituts für Regionalwirtschaft (CIMA) sehen hinsichtlich der demografischen und ökonomischen Situation besonders für das südliche Niedersachsen in den Landkreisen Goslar, Göttingen, Holzminden, Northeim und Osterode am Harz große Herausforderungen; zum einen aufgrund von Bevölkerungsverlusten und einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft und zum anderen wegen hoher Arbeitslosigkeit und einem geringen Wirtschaftswachstum.“ Ferner heißt es, dass die Landesregierung gemeinsam mit der Region das Südniedersachsenprogramm verabredet hat.

Eine kartographische Darstellung aufseiten der Staatskanzlei (http://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/regionale_landesentwicklung_und_eufoerderung/suedniedersachsenprogramm/souderprogramm-suedniedersachsen-123052.html) mit dem Untertitel „Programmgebiet Südniedersachsen“ ist hingegen abschließend.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Landkreise und Regionen in Niedersachsen können z. B. durch Projektantragstellung auf die 50 Millionen Euro Fördermittel für das „Südniedersachsenprogramm“, die Ministerpräsident Weil vor die Klammer ziehen will, einen rechtlichen Anspruch erheben, und welche sind rechtlich davon ausgeschlossen?
2. Welche Personen entscheiden letztlich und damit rechtswirksam über den Einsatz der Mittel aus den Europäischen Fonds EFRE, ESF und ELER, die die 50 Millionen Euro für das Südniedersachsenprogramm speisen sollen?
3. Steht die Verteilung von EU-Fördergeldern der Europäischen Fonds EFRE, ESF und ELER, wie sie die Landesregierung durch ein „Vor-die-Klammer-Ziehen“ beabsichtigt zu praktizieren, im Einklang mit den Förderkriterien der EU-Kommission?

51. Abgeordnete Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP)

Werden freie Kapazitäten in niedersächsischen Strafvollzugsanstalten mit Häftlingen aus anderen Ländern belegt?

Laut Auskunft der Landesregierung sollen in Niedersachsen zu viele Haftplätze in Strafvollzugsanstalten unbelegt sein. Mit dieser Begründung wurden bereits einige Strafvollzugsanstalten geschlossen. Justizbedienstete wurden versetzt.

Das norwegische Justizministerium plant derzeit die Unterbringung von Häftlingen im niederländischen Strafvollzug. Die Niederlande beherbergen in ihren Sicherungsanstalten bereits seit 2009 Gefangene aus Belgien.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Nimmt das Land Niedersachsen in seinen Einrichtungen Strafgefangene aus anderen Bundesländern auf?
2. Nimmt das Land Niedersachsen in seinen Einrichtungen Strafgefangene aus anderen EU-Staaten auf?
3. Wie steht die Landesregierung zu Kooperationsverträgen dieser Art, bzw. gibt es bereits Planungen, entsprechende Vereinbarungen einzugehen?

52. Abgeordnete Hillgriet Eilers, Horst Kortlang, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Christian Dürr und Christian Grascha (FDP)

In welcher Form wird die Landesregierung eine Vereinbarung mit den muslimischen Verbänden unterzeichnen?

In Niedersachsen leben rund 250 000 Muslime. Ministerpräsident Stephan Weil hat angekündigt, Anfang 2015 einen Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden unterzeichnen zu wollen.

Unter anderem stellt der Ministerpräsident hierbei das Kopftuchverbot infrage. Auch islamische Feste könnten als religiöse Feiertage anerkannt werden. Niedersachsen ist nach Hamburg und Bremen das dritte Bundesland, das eine solche Vereinbarung vorbereitet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was sind die formalen Kennzeichen eines Staatsvertrages?
 2. Sind diese formalen Kennzeichen in dem konkreten Fall erfüllt, und handelt es sich bei diesem Sachverhalt tatsächlich um einen Staatsvertrag?
 3. Wie soll die vorbereitete Vereinbarung genannt werden?
53. Abgeordnete Christian Dürr, Gabriela König, Jörg Bode und Christian Grascha (FDP)

Nachteile der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns?

Im April 2013 erklärte Frau Bundeskanzlerin Merkel gegenüber der *BILD*-Zeitung, dass sie gegen „einen von Politikern festgelegten Einheitsmindestlohn“ sei. „Viele Länder in Europa haben doch genau deshalb eine viel höhere Arbeitslosigkeit als wir, weil ihre Löhne und Leistung bei ihnen weit auseinanderklaffen“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 19. April 2013). CDU, CSU und SPD haben sich dann im Herbst 2013, unter dem Anspruch, bundesweit „Gute Arbeit“ und faire Löhne für alle einführen zu wollen (Koalitionsvertrag vom Dezember 2013), auf die Einführung einer „allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnregelung“ geeinigt. Seit dem 1. Januar 2015 gilt in der Bundesrepublik Deutschland, unabhängig von Regionen und Branchen, ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Zeitzunde. Lediglich einige Ausnahmen und Übergangsregelungen sind zulässig.

Die Kritik von Verbänden, Wirtschaftsweisen (Jahresgutachten), Ökonomen und Unternehmen im Vorfeld der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes hat nichts an dessen Einführung geändert. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages listete mit Bezug auf Beschäftigungseffekte und Haushaltseinkommen („Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen eines gesetzlichen Mindestlohnes“) viele Nachteile auf, die mit einer Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn verbunden sein können. Zehn Tage nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes mehrte sich die Kritik an selbigem. Laut *Süddeutscher Zeitung* vom 11. Januar 2015 dringt der Ministerpräsident von Bayern auf rasche Korrekturen beim gesetzlichen Mindestlohn und pocht auf weniger Bürokratie. Gleiches war bereits der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* - „Wenn der Mindestlohn die Wanderhütte bedroht“ - vom 10. Januar 2015 zu entnehmen. Verbände, Vereine und Museen können oder wollen ihren Minijobbern die Aufwandsentschädigung nicht mehr auszahlen, weil für sie 8,50 Euro pro Stunde unwirtschaftlich sind. Sportvereine sehen ihre Nachwuchsarbeit gefährdet und fordern Ausnahmeregelungen für den Breitensport, während Arbeitgeber über ungeklärte Rechtsfragen und Bürokratieaufwand klagen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Stellt die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes für Vereine, Verbände, Museen oder vergleichbare Institutionen bezüglich der Bezahlung von Minijobbern einen „Schlag gegen das Ehrenamt“ dar, wie es die *FAZ* am 10. Januar 2015 beschreibt?
2. Kann die Landesregierung die Ausführungen in der *FAZ* vom 10. Januar 2015 bezüglich in- und ausländischer Spediteure bestätigen, und welche Pflichten ergeben sich für in- und ausländische Lastenwagenfahrer bzw. Spediteure?
3. Welche Pflichten, insbesondere bezüglich der Dokumentation, ergeben sich aus dem Mindestlohngesetz für die Binnenschifffahrt, für Beschäftigte auf Hafenschiffen und für Arbeitnehmer

(m/w - Inländer/Ausländer) in der Handelsschifffahrt bei Handelsschiffen unter deutscher Flagge und bei Handelsschiffen unter einer nicht deutschen Flagge in deutschen Hoheitsgewässern?

54. Abgeordnete Jörg Bode, Christian Grascha, Hermann Grupe, Jan-Christoph Oetjen und Horst Kortlang (FDP)

Neue Förderpolitik - Führt die Programmkoordination von Ministerpräsident Weil absehbar zu Rückforderungsansprüchen bei den EU-Fördermitteln durch die EU-Kommission?

Ministerpräsident Weil führte im Rahmen der Plenardebatte am 17. Dezember 2014 bezüglich der rechtlichen Sicherung von 50 Millionen Euro EU-Fördergeldern für „Südniedersachsen“ nachfolgendes aus: „Das wird im Rahmen der Programmkoordination in dem Sinne gewährleistet, dass die entsprechenden Projekte aus den einzelnen Regionen - und Südniedersachsen ist eine davon - vor die Klammer gezogen werden. Auf diese Art und Weise ist eine Sicherstellung der Regionalisierung der neuen Förderpolitik gewährleistet.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist sie der Auffassung, dass die gezielte Unterstützung einer Region in Verbindung mit der festen Reservierung von mindestens 50 Millionen Euro EU-Fördermitteln eine flächenhafte Vorwegverteilung von EU-Fördermitteln darstellt?
 2. Wo ist der Unterschied beim System der flächenhaften Vorwegverteilung in eine Region, wenn die Mittelverteilung nach Einwohnerzahlen mit den Vorgaben aus den einschlägigen ESI-Fonds-Verordnungen nicht vereinbar ist?
 3. Kann die Landesregierung vor dem Hintergrund möglicher Umgehungen von EU-Vorgaben zur Fördermittelverteilung künftige Rückforderungsansprüche der EU-Kommission sicher ausschließen?
55. Abgeordnete Christian Dürr, Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen, Hillgriet Eilers, Gabriela König und Dr. Marco Genthe (FDP)

Verliert die Landesregierung den Blick auf die Gesamtheit der strukturschwachen Regionen?

Ministerpräsident Weil führte im Rahmen der Plenardebatte am 17. Dezember 2014 bezüglich der rechtlichen Sicherung von 50 Millionen Euro EU-Fördergeldern für „Südniedersachsen“ Folgendes aus: „Das wird im Rahmen der Programmkoordination in dem Sinne gewährleistet, dass die entsprechenden Projekte aus den einzelnen Regionen - und Südniedersachsen ist eine davon - vor die Klammer gezogen werden. Auf diese Art und Weise ist eine Sicherstellung der Regionalisierung der neuen Förderpolitik gewährleistet.“

Neben den von der Landesregierung in den Südniedersachsenplan einbezogenen Landkreisen weist Niedersachsen aber noch weitere Landkreise mit schwerwiegenden Strukturproblemen auf. Namentlich zählen hierzu die Landkreise Cuxhaven, Friesland, Heidekreis, Helmstedt, Lüchow-Dannenberg, Schaumburg, Uelzen, Wittmund und Teile des Landkreises Hildesheim. Ähnlich wie bei der Landesraumordnung formiert sich auch die Kritik am Regierungsstil in den Landkreisen außerhalb der fünf Landkreise von Südniedersachsen. „Die Landesregierung gibt uns Steine statt Brot“ heißt es z. B. aus dem Kreistag von Hildesheim.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Kommt es durch den Südniedersachsenplan zu Mittelkürzungen in anderen Landkreisen mit schwerwiegenden Strukturproblemen? Wenn ja, in welchen?
2. Wie können die Landkreise Cuxhaven, Friesland, Heidekreis, Helmstedt, Lüchow-Dannenberg, Schaumburg, Uelzen, Wittmund oder Hildesheim im Rahmen der Programmkoordination im Sinne des Ministerpräsidenten von den vor die Klammer gezogenen Mitteln profitieren/partizipieren? Wenn nicht, warum nicht?

3. Welche Landkreise oder Regionen in Niedersachsen sind ebenfalls von Überalterung, Arbeitslosigkeit, Leerstandsquote und Abzug der Kaufkraft betroffen, können aber nicht auf die Mittel des Südniedersachsenplans zugreifen?

56. Abgeordnete Christian Grascha und Jörg Bode (FDP)

Wie setzt sich die Landesregierung für die Bundeswehrstandorte in Niedersachsen ein?

Das BMVg hat zum Jahreswechsel den „German Deal“ vom März 2013 mit Airbus Helicopters geändert. Die Anzahl der neu zu beschaffenden Helikopter für die Bundeswehr wird nach oben angepasst. Es sollen jetzt 122 NH90 (82 NH90 in der TTH-Version, 18 in der Marine-Konfiguration [Sea-Lion], 22 in der MedEvac-Konfiguration), 15 EC645T2 und 68 statt 57 Kampfhubschrauber „Tiger“ bestellt und ausgeliefert werden. Die 22 Rettungshubschrauber sollen in einem neuen und multinationalen Helikopterregiment unter Beteiligung von Dänemark, Niederlande, Belgien, Italien und Deutschland aufgestellt werden. Zur Diskussion stehen derzeit die Standorte Faßberg in Niedersachsen oder Niederstetten in Baden-Württemberg.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat sie über die Aufstellung neuer Verbände von Streitkräften in Niedersachsen?
2. Würde die Landesregierung die Einrichtung neuer Verbände der Bundeswehr oder multinationaler Streitkräfteverbände in Niedersachsen begrüßen und positiv begleiten?
3. Wie würde die Landesregierung ihr Verhältnis zur Bundeswehr und zur Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie in Niedersachsen beschreiben, und wie drückt sich dieses aus?

57. Abgeordneter Dr. Marco Genthe (FDP)

Warum blieb das Justizministerium bei der Weitergabe von Prüfungsinhalten untätig?

Das Landgericht Lüneburg hat das Hauptverfahren gegen den ehemaligen Mitarbeiter des Landesjustizprüfungsamtes eröffnet. Die Staatsanwaltschaft Verden hat Anklage wegen Bestechlichkeit im besonders schweren Fall, Verletzung des Dienstgeheimnisses und versuchter Nötigung erhoben. Der Angeklagte soll Prüfungsinhalte für die zweite juristische Staatsprüfung an elf Rechtsreferendare verraten oder ihnen die Weitergabe angeboten haben.

Die Hauptverhandlung hat am 17. Dezember 2014 begonnen. Der Angeklagte hat bereits eine Aussage gemacht. Dabei ging es u. a. um den Fall eines Rechtsreferendars, bei dem es schon im Herbst 2012 zu extremen Notensprüngen gekommen ist. In seinem Geständnis legt der Angeklagte dar, dass das Prüfungsamt oder das Justizministerium selbst keine wesentlichen Aufklärungsversuche über den konkreten Fall hinaus unternommen haben. Gerade dieser Umstand habe ihn dazu verleitet, weiter Prüfungsinhalte weiterzugeben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum hat es nach diesem ersten konkreten Verdacht im Herbst 2012 keine unverzüglichen Ermittlungsmaßnahmen durch das Justizministerium gegeben?
2. Wie bewertet die Landesregierung, dass sich der Angeklagte trotz konkreter Verdachtsfälle zwei Jahre sicher gefühlt hat, dass eine mögliche Weitergabe von Prüfungsinhalten nicht durch das Prüfungsamt oder das Justizministerium verfolgt wird?
3. Wie will die Landesregierung dazu beitragen, dass neben der juristischen Aufarbeitung der Straftaten eine restlose Aufklärung hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs der Ermittlungen durch das Prüfungsamt und das Justizministeriums erfolgt?

58. Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Stefan Birkner und Hermann Grupe (FDP)

Weshalb will Minister Meyer keine neue Anhörung zum LROP?

Ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums verkündete am 9. Januar 2015 im Rahmen einer Pressekonferenz, dass es keine Anhörung zum zweiten Entwurf des Landes-Raumordnungsprogramms geben solle. Nach Aussage des Sprechers wird dieser Entwurf Interessierten lediglich „zur Kenntnis gegeben“. Dies würde bedeuten, dass Betroffenen keine Möglichkeit gegeben würde, Stellungnahmen zu diesem Entwurf abzugeben. Ein solches Stellungnahmeverfahren wird u. a. von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert.

Regierungssprecherin Anke Pörksen sagte einem Bericht der *Nordwestzeitung* vom 10. Januar 2015 zufolge: „Ich gehe davon aus, dass es eine Rück-Kommunikation gibt“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Weshalb lehnt es Minister Meyer ab, Stellungnahmen von Betroffenen zum zweiten Entwurf des Landes-Raumordnungsprogramms einzuholen?
2. Welche Möglichkeiten hätten Betroffene, sich gegen diesen zweiten Entwurf zu wehren?
3. Wie passt die Ankündigung des Landwirtschaftsministeriums, keine weiteren Stellungnahmen zuzulassen, zu der Aussage der Sprecherin der Staatskanzlei Anke Pörksen, dass sie davon ausgehe, „dass es eine Rück-Kommunikation gibt“?

59. Abgeordneter Marco Brunotte (SPD)

„Machtlos gegen die Affen“: Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Gewalt bei Eishockeyspielen?

Beim Eishockeyspiel der „Hannover Indians“ gegen die „Hannover Scorpions“ am 9. Januar 2015 kam es zu Auseinandersetzungen beider Fangruppen und einem Polizeieinsatz. Dabei wurden durch die Polizei die Personalien von 65 Personen festgestellt. Fünf Personen wurden durch Pfefferspray verletzt.

Marco Stichnoth, Geschäftsführer der „Hannover Scorpions“, wurde in der *Neuen Presse* vom 12. Januar 2015 zitiert: „Als Verein ist man da machtlos gegen die Affen. Ich bin es einfach nur noch leid.“ Er kündigte bundesweite Stadionverbote für alle DEL- und DEB-Spiele für die Unruhestifter an.

In Internetforen berichten Teilnehmer, dass sich beim Spiel ein „schwarzer Block“ aus gewaltbereiten Fans gebildet hätte. Dieser bestehe aus ehemaligen 96-Anhängern, die sich aufgrund der Querelen in der dortigen Fanszene ein neues Betätigungsfeld suchten. Es wird aufgerufen: „Lasst uns mit bunten Farben zeigen, dass im Eishockey kein Platz für einen schwarzen Block ist.“

In den letzten Jahren kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen und Polizeieinsätzen bei Eishockeyspielen der verschiedenen Ligen in Niedersachsen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse sie über die Auseinandersetzung anlässlich des Eishockey-Spiels „Hannover Indians“ gegen „Hannover Scorpions“ am 9. Januar 2015?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über eine Neuorientierung von Fangruppen des Fußballclubs „Hannover 96“ zu hannoverschen Eishockeyclubs?
3. Wie beurteilt die Landesregierung das gewaltbereite (Kategorie B) oder gewaltsuchende (Kategorie C) Fanpotenzial der Eishockeyclubs in Niedersachsen?